

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2017



Stiftung „Anerkennung und Hilfe“

Wahlprüfsteine 2017

Ho Chi Minh in Wien

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Begrüßt
Vorgestellt
Aufgenommen
Geeinigt

Recht

- 4 Stiftung „Anerkennung und Hilfe“
- 5 Schnell handeln!
- 6 Formfehler anerkannt
Erleichterte Rehabilitation

International

- 7 Aufruf an die Jugend
„Säuberungen“ in Nord-Korea halten an

Dokumentiert

- 8 Wahlprüfsteine der UOKG zur Bundestagswahl 2017
- 9 Gefährlicher Präzedenzfall

Zeitzeugen

- 10 Ein Pelzmützentransport
Der letzte Brief

Berichte

- 12 Respekt und Hilfe erwarten

Verbände

- 13 Vom Haus des Terrors zum Haus der Demokratie
Für die Opfer des NKWD von 1945
- 14 Neue Regelung ab 2017
Leserbrief
- 15 Suchanzeigen

Service/Bücher

- 16 Sowjetblock-Spionage gegen die Schweiz
im Kalten Krieg
- 17 In den Furchen des Lichts
- 18 „Greifswalder Weg“
Geheimnis des Glücks

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

Statt Klassik junge Leute mit Jazz: Zum Festakt der UOKG am 15. Februar anlässlich ihres 25jährigen Bestehens (s. Bericht S. 12) spielte die Band „One black Coffee“.

Foto: N. Radlitz

Editorial

Zorn

Von Horst Schüler

Weißensee ist der Name eines Berliner Stadtteils sowie auch einer Fernsehserie, die jüngst erneut ausgestrahlt wurde. Jeweils montags und stets nach 23 Uhr – die Zahl der Zuschauer wird also überschaubar gewesen sein. Ich gehörte zu ihr, und jeder Teil dieser Serie entließ mich mit Zorn, Zorn über einen Terror, der sich längst in unseren Erinnerungen versteckt hatte, der nach dem Fall der Mauer weichgespült wurde von Politikern wie dem Rhetoriker Gysi oder der schönen Frau Wagenknecht. Aber da war es plötzlich wieder, dieses verfluchte Stasi-System, wie es bespitzelte, einschüchterte, wie es die Gegner ihrer Ideologie verfolgte, sie dem sowjetischen Geheimdienst übergab, damit der sie in die Strafregionen des Gulag verschleppte oder erschießen ließ. Und ich dachte weiter, daß die Nachfolger der Partei, die Träger des DDR-Staatssicherheitsdienstes war, wieder in Parlamenten und Regierungen sitzen, wenngleich Wolf Biermann sie 2014 im Bundestag als „elenden Rest dessen“ nannte, „was zum Glück überwunden ist“. Wirklich überwunden?

Da nennt sich diese Partei jetzt „Die Linke“. Ihre Führungspersonen diskutieren in vielen Talk-Shows, sie geben sich staatstragend und sie sind gewissermaßen das tolerante Aushängeschild der Linksaußenbewegung. Deren „Kampfeinheiten“ bilden die sogenannten Antifa-Gruppen, wie sie etwa in der Rigaer Strasse in Berlin-Friedrichshain ihre Schlachten schlagen. Dort bekämpfen sie Polizisten von Dächern besetzter Häuser mit Pflastersteinen. Kürzlich erst zerschlugen sie in einer Tiefgarage 21 geparkte Autos. Ihre Losung: „Eat the rich“ – Friß die Reichen. Solcherart Zerstörungsarbeit gibt es selbstverständlich auch woanders. Die Antifa-Kämpfer stehen an der Spitze großer Demonstrationen, und sie genießen manchmal den Beifall von Politikern demokratischer Parteien. Die stört es auch nicht, wenn sich Antifa-Anhänger zu der Meinung versteigen, die DDR sei der bessere deutsche Staat gewesen. Überwunden also und nur noch „elender Rest“, wie Wolf Biermann sagte? Daran darf durchaus gezweifelt werden.

Ach, es ist schon manchmal seltsam, dieses Gesicht unseres zutiefst verunsicherten Deutschlands. Hier nur ein paar seiner Züge, gefunden in Zeitungen eines einzigen Februar-Tages: Da meldete ein Hauptstadt-Blatt, die chinesische Botschaft habe ihre Landsleute vor nächtlichen Besuchen Berliner Straßen und Plätze gewarnt. Auch die Haustüren sollten sie fest verschließen. Ein paar Seiten weiter der Bericht über eine muslimische Lehrerin in Berlin, der – weil Kopftuch tragend – eine Anstellung wegen des religiösen Neutralitätsgesetzes verweigert wurde. Die Richterin eines Arbeitsgerichts störte dieses Gesetz nicht, sie billigte der Klägerin wegen „Benachteiligung“ eine vom Senat zu zahlende Entschädigung in Höhe von 8600 € zu. Weiter: In Hamburg wurden drei jugendliche Einbrecher von einer Video-Kamera gefilmt. Der Hausbesitzer stellte die deutlich erkennbaren Bilder der Gangster ins Netz, entfernte sie wenig später jedoch wieder, weil er beschuldigt wurde, er habe die Persönlichkeitsrechte der Räuber verletzt. Und dann folgt ein Artikel über die Stadt Limburg, in der das Kinderlied „Fuchs, du hast die Gans gestohlen...“ aus dem Glockenspiel des Rathauses entfernt wurde. Beschwerde darüber hatte eine Veganerin geführt. Vergessen schließlich sei auch nicht die Meldung, daß der wegen falscher Lebensangaben aus dem Staatsamt geschaffte Andrej Holm von der Humboldt-Universität als Lehrer wieder aufgenommen wurde.

Last but not least: Bericht über eine im VW-Vorstand tätig gewesene Dame. Nach ihrem Abschied kassierte sie 13 Millionen Euro. Tätig gewesen im VW-Vorstand war sie man grade 13 Monate.

P.S.: Mein Vater, Sozialdemokrat, ist 1942 im Nazi-KZ Sachsenhausen getötet worden. Ich bin deshalb leidenschaftlicher Gegner jeder Ideologie, sei sie in der rechtsextremen Ecke angesiedelt oder in der linksextremen. Über den berechtigten Kampf gegen Rechtsextremisten bei uns erfahre ich täglich. Über Maßnahmen gegen Linksextreme nichts.

Begrüßt

(dd) Der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, hat den Gesetzentwurf zur Lage der Heimkinder, der am 10. Februar im Bundesrat verabschiedet wurde, begrüßt. Der Entwurf bezieht sich auf ehemalige DDR-Heimkinder, die aufgrund der politischen Inhaftierung der Eltern durch die Jugendämter in Kinderheime gegeben wurden (s.S. 6). Er soll klarstellen, daß Kinder von politisch inhaftierten Eltern der ehemaligen DDR, sofern sie infolge dieser Verurteilung in ein Kinderheim eingewiesen wurden, auch für diese Zeit Rehabilitierungsanspruch

haben. „Traurig ist für die Betroffenen, daß auch in diesen Unrechtsfällen erst Gerichte entscheiden müssen, bevor Politik handelt“, so Dombrowski.

„Die Kinder, die in DDR-Kinderheime geschickt wurden, weil ihre Eltern aus politischen Gründen inhaftiert wurden, sollten generell einen Rehabilitierungsanspruch haben. Für die Kinder, die zu DDR-Zeiten im Kindergefängnis Bad Freienwalde untergebracht waren, sollte unabhängig vom Einweisungsgrund eine Rehabilitierungsmöglichkeit bestehen, weil Kinder vielleicht in ein Heim gehören, aber keinesfalls in ein Gefängnis.“

Geeinigt

(dg) Die Deutsche Gesellschaft e.V. hat die Einigung der Regierungsfractionen zur Errichtung des Freiheits- und Einheitsdenkmals als wichtiges geschichtspolitisches Signal befürwortet. Mit dem Bau, den der Verein als Träger der Initiative bereits seit 2005 fordert, werde im Zentrum der Hauptstadt die aktive Auseinandersetzung mit Gegenwart und Zukunft gefördert. Wie die beiden Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Gesellschaft betonten, soll das Denkmal an die deutsche und europäische Freiheits- und Einheitsgeschichte erinnern und die demokratischen Grundwerte in das Bewußtsein der Menschen rufen.

In seiner Rede vor der Bundesversammlung am 12. Februar hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert in klaren Worten den Bau des Denkmals eingefordert, der vom Deutschen Bundestag bereits 2007 beschlossen worden war.

Vorgestellt

(bsta) Zum 100. Jahrestag der russischen Februarrevolution 1917 hat die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am 22. Februar zentrale Vorhaben zur Geschichte des Kommunismus vorgestellt. Mit Blick auf den Schwerpunkt „Der Kommunismus: Utopie und Wirklichkeit“ der Bundesstiftung Aufarbeitung sagte Geschäftsführerin Anna Kaminsky: „Der öffentliche Diskurs zur Kommunismusgeschichte bewegt sich heute meist an den Polen eindimensionaler Verdammung und verklärender Revolutionsromantik und

Nostalgie. Dadurch werden die im Namen des Kommunismus weltweit begangenen Verbrechen und die Folgen seiner antidemokratischen Politik in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit kaum thematisiert und vielfach ausgeblendet.“ Die Stiftung setzt sich 100 Jahre nach der Oktoberrevolution mit ihrer Förderung und eigenen Vorhaben verstärkt dafür ein, die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus voranzubringen.

Auf dem neuen Webportal www.kommunismusgeschichte.de stellt sie umfangreiche Informationen bereit.

Broschüre erschienen

(st) Zum UOKG-Kongreß „Wege zu einer verbesserten Begutachtung von Opfern der Haft und Repression während der SED-Diktatur“ am 8. Oktober 2016 ist jetzt eine Broschüre erschienen. Sie ist kostenfrei zu beziehen von der UOKG-Geschäftsstelle, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 93 51 oder per E-Mail info@uokg.de.

Aufgenommen

(st) Am 7. Oktober 2016 ist die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft in das Deutsche Institut für Menschenrechte aufgenommen worden. Das Institut wurde 2001 auf Grundlage eines Bundestagsbeschlusses als Verein gegründet und hat derzeit 75 Mitglieder. Dazu gehören sowohl Verbände als auch Einzelpersonen. Es ist eine unabhängige nationale Menschenrechtsinstitution und soll über die Lage der Menschenrechte im In- und Ausland informieren und zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen sowie zur Förderung und zum Schutz von Menschenrechten beitragen.

Zu seinen Aufgaben gehören auch wissenschaftliche Forschung und Publikation, Politikberatung, Bildungsarbeit im Inland, Förderung des Dialogs und der nationalen und internationalen Zusammenarbeit mit menschenrechtsrelevanten Stellen, Analysen zu weiterwirkenden menschenrechtlichen Folgen totalitärer Diktaturen sowie von Kriegs- und Nachkriegsgeschehen in Ergänzung der Arbeit bestehender Institutionen.

Besuch aus Frankreich



Foto: N. Radlitz

Am 16. Februar 2017 informierte sich eine internationale Gruppe Studenten, die in Frankreich Diplomatie und Menschenrechte studieren, nach einem Besuch im Stasi-Museum Berlin bei der UOKG über Zwangsadoptionen in der DDR. Vorn (v.l.) Sybille Krägel, Vorstandsmitglied, Dr. Christian Fuchs, Vorstandsbeauftragter, Rebecka Andersson, Beraterin, und Katrin Behr, Beraterin für Betroffene von Zwangsadoption.

Stiftung Anerkennung und Hilfe“

Unterstützung für Geschädigte psychiatrischer Einrichtungen und Einrichtungen der Behindertenhilfe

Nach Zustimmung des Bundeskabinetts zur Errichtung der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ haben Bund, Länder und Kirchen die Verwaltungsvereinbarung zur Errichtung der Stiftung unterzeichnet.

Dieser Vertrag trat mit Wirkung vom 1. Januar 2017 in Kraft. Durch die Stiftung sollen in allen Bundesländern Hilfen für jene möglich werden, die als Kinder und Jugendliche in zahlreichen stationären psychiatrischen Einrichtungen und Einrichtungen der Behindertenhilfe Leid und Unrecht erfahren haben. Die Leistungen der Stiftung sind – analog zu denen des Fonds „Heimerziehung“, von denen genannter Personenkreis ausgeschlossen war –

keine Entschädigungen. Sie sollen vielmehr den Betroffenen helfen, heute noch bestehende Folgewirkungen abzumildern und so zur Verbesserung ihrer Lebenssituation beitragen.

Die Stiftung hat am 2. Januar 2017 ihre Arbeit aufgenommen und ist mit insgesamt 288 Millionen Euro ausgestattet, die sich Bund, Länder und Kirchen zu je einem Drittel teilen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist Träger der gemeinnützigen nicht rechtsfähigen Stiftung und unterhält eine zentrale Geschäftsstelle, die ab sofort die Anlauf- und Beratungsstellen zu einer bundeseinheitlichen Beratungspraxis berät, das Stiftungsvermögen verwaltet und nach Gesprächen in den Anlauf- und Beratungsstellen schlüssig geprüfte Anerkennungs- und Unterstützungsleistungen an die Betroffenen auszahlt. Die einzelnen Bundesländer sind angehalten, bis zum 31. März 2017 regionale Anlauf- und Beratungsstellen einzurichten, die ab 1. April 2017 ihre Arbeit aufnehmen sollen, um

den Betroffenen ein persönliches Gespräch, individuelle Beratung und Unterstützung beim Prozeß der Aufarbeitung der eigenen Geschichte zu gewähren sowie bei der Anmeldung von Anerkennungs- und Unterstützungsleistungen hilfreich zur Seite zu stehen. Die Stiftung hat eine fünfjährige Laufzeit und soll für den Zeitraum 2017 bis 2021 bestehen. Betroffene können sich bis Ende 2019 in den Länderberatungsstellen anmelden.

Unterstützungsleistungen der Stiftung können nur Betroffene erhalten, die innerhalb bestimmter **Altersgrenzen** und innerhalb bestimmter **Zeiträume** in bereits genannten Einrichtungen untergebracht, dort **Leid und Unrecht** erfahren haben und daraus resultierend heute noch an den **Folgewirkungen** leiden.

Bei Vorliegen dieser Zugangsvoraussetzungen erhalten Betroffene als Unterstützungsleistung eine einmalige pauschale Geldleistung in Höhe von 9000 Euro zum selbstbestimmten Einsatz. Sofern Betroffene in der Einrichtung Arbeit in erheblichem Umfang geleistet haben, ohne daß ausreichend Sozialversicherungsbeiträge gezahlt wurden, erhalten sie bei einer Arbeitsdauer von bis zu zwei Jahren (zusätzlich) eine einmalige Rentenersatzleistung von 3000 Euro, bei einer Arbeitsdauer von mehr als zwei Jahren weitere 2000 Euro (also insgesamt 5000 Euro).

Für die Unterbringung in einer stationären Einrichtung der Behindertenhilfe bzw. der Psychiatrie gelten für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und für das Gebiet der DDR unterschiedliche Zeiträume. Der relevante Zeitraum für eine Unterbringung in einer entsprechenden stationären Einrichtung liegt für die alten Bundesländer zwischen dem 23. Mai 1949 und dem 31. Dezember 1975 und für die neuen Bundesländer zwischen dem 7. Oktober 1949 und dem 2. Oktober 1990. Das Ende des Zeitraums für die Bundesrepublik Deutschland ergibt sich insbesondere aus der Umsetzung der Empfehlungen der Psychiatrie-Enquete ab Ende 1975 und dem Inkrafttreten des Opferentschädigungsgesetzes im Jahre 1976.

Für die Unterstützungsleistung in Form einer pauschalen personenbezogenen

Geldleistung und die einmalige Rentenersatzleistung gelten unterschiedliche Altersgrenzen. Erstere können Kinder und Jugendliche erhalten ab dem 1. Lebensjahr (frühestens ab der Geburt) bis zum Eintritt der Volljährigkeit (unterschiedlich bei DDR und Bundesrepublik). Für die einmalige Rentenersatzleistung gelten als Altersgrenzen der Beginn der Sozialversicherungspflicht mit Vollendung des 14. Lebensjahres (DDR und Bundesrepublik einheitlich) und der Eintritt in die Volljährigkeit.

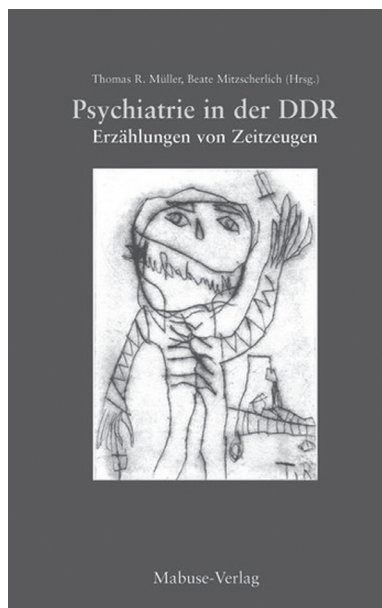
Zum besseren Verständnis einige Beispiele von stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie sowie von Leid und Unrechtserfahrungen und von Folgewirkungen.

Als stationäre Einrichtungen der Behindertenhilfe gelten insbesondere:

- Wohnheime und Wohnstätten (ohne Tagesstruktur, mit Tagesstruktur und mit ganztägigem Pflegeangebot)
- Schulen mit angeschlossenem Internatsbetrieb
- Heime bzw. Anstalten der geschlossenen Erziehungsfürsorge (vor 1962 in der Bundesrepublik Deutschland)
- Sonderschulheime, sogenannte „Schwererziehbarenheime“
- Sogenannte „Geistesschwachen- und Geisteskrankeneinrichtungen“
- (Alten-)Pflegeheime mit Abteilungen/Stationen bzw. Plätzen für Menschen mit Behinderungen (insbesondere in der DDR)

Als stationäre Einrichtungen der Psychiatrie gelten insbesondere:

- Kinderkliniken (Bundesrepublik Deutschland) bzw. Allgemeinkrankenhäuser (DDR) mit psychosomatisch-psychotherapeutischen Abteilungen/Stationen bzw. Plätzen
- Universitätskliniken mit Abteilungen/Stationen bzw. Plätzen für Kinder- und Jugendpsychiatrie (Bundesrepublik Deutschland) bzw. Kinderneuropsychiatrie (DDR)
- psychiatrische Landeskrankenhäuser mit Abteilungen/Stationen bzw. Plätzen für Kinder- und Jugendpsychiatrie (Bundesrepublik Deutschland) bzw.



Thomas R. Müller, Beate Mitzscherlich (Hrsg.): *Psychiatrie in der DDR. Erzählungen von Zeitzeugen*, Mabuse Verlag 2015, 245 S., 26,90 €

Bezirkskliniken mit Abteilungen/Stationen bzw. Plätzen für Kinderneuropsychiatrie (DDR)

- Facheinrichtungen der Behindertenhilfe mit Klinikstationen für Kinder und Jugendliche
- psychiatrische Fachkrankenhäuser mit Abteilungen/Stationen bzw. Plätzen für Kinder und Jugendliche (Bundesrepublik Deutschland) bzw. Bezirkskliniken für Neuropsychiatrie (DDR)

Beispiele für Leid und Unrechtserfahrungen

- a) Körperliche Gewalt, z.B. durch Personal der stationären Einrichtung; andere untergebrachte Kinder und Jugendliche
- b) Psychische Gewalt, z.B. durch permanente Demütigung und Herabwürdigung; „Wegsperrern“ als Strafe; Vermitteln des Gefühls, nichts wert zu sein; Anschreien, Kommunikation im Befehlston

c) Sexualisierte Gewalt, z.B. Personal der stationären Einrichtung; andere untergebrachte Kinder und Jugendliche

d) Schulbesuch, z.B. Verweigerung des Schulbesuchs; unregelmäßiger Schulbesuch; Verweigerung des Schulabschlusses

e) Ausbildungssituation, z.B. Verweigerung von Ausbildung; Zwang zu einer Ausbildung in einem ungeeigneten Beruf

f) Erzwungene Arbeit in erheblichem Umfang, z.B. Arbeit ohne Lohn; körperlich schwere Arbeit, die die Leistungsmöglichkeiten der/des Betroffenen überschritten; fehlender Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

g) Gesundheitliche Versorgung und Ernährung, z.B. mangelhafte gesundheitliche Versorgung; fehlende ärztliche Betreuung, Verweigerung von Essen und Trinken als Strafmaßnahme; Schlafentzug

h) Politische oder religiöse Indoktrinierung, z.B. religiöse Zwangserziehung; politische Indoktrinierung

Beispiele von Folgewirkungen sind Vertrauensverlust und verstärktes Mißtrauen, Depressionen, Gefühle der inneren Leere, Schlafstörungen, Rückzugsverhalten, zwanghaftes Verhalten/Handeln, körperliche Schädigungen, Traumatisierungen, Verbitterungs- und Haßgefühle, gesundheitlicher Schaden, Suchtkrankheiten, frühzeitige Erwerbsunfähigkeit, fehlende bzw. geringe Schulbildung, fehlende Schulabschlüsse, keine bzw. geringe Integration in den Arbeitsmarkt.

Das Verfahren der Antragstellung selbst soll einfach und unbürokratisch gehandhabt werden. Es wird als ausreichend betrachtet, wenn die Betroffenen nachvollziehbar darlegen, wann sie in welcher Einrichtung waren, was sie dort erlebt haben und wie sie heute noch darunter leiden. Nähere Informationen unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
BSV Förderverein für Beratungen

Schnell handeln!

Rehabilitierung für Betroffene von Spezialheimen in Sachsen-Anhalt

Schon vor knapp einem Jahr wurde in Ausgabe 3/2016 des Stacheldrahts auf die neue Rechtsprechung des Oberlandesgerichts Naumburg – 2Ws (Reh) 45/15 – hingewiesen. Dort hieß es:

„Die Einweisung in ein Spezialkinderheim ist in der Regel unverhältnismäßig, wenn der Betroffene sich nicht gemeingefährlich verhalten oder erhebliche Straftaten begangen hatte.“

In den darauffolgenden Monaten hat das OLG Naumburg in verschiedenen Verfahren diese Praxis bestätigt, so daß nunmehr von einer ständigen Rechtsprechung gesprochen wird.

Die neueste Entscheidung stammt vom 19. Januar 2017, OLG Naumburg – 2Ws (Reh) 15/16. Nach dieser Rechtsprechung sind Heimeinweisungsverfügungen aufzuheben und zu rehabilitieren, wenn

- sie von Behörden in den früheren Bezirken Halle und Magdeburg vorgenommen wurden und

– die Einweisung in ein **Spezialheim** (Spezialkinderheim, Jugendwerkhof, Sonderheimkombinat, Aufnahmeheim Eilenburg) erfolgte und

– der Betroffene vor der Einweisung *nicht* in erheblicher Weise straffällig geworden oder gemeingefährlich war.

Die neue Rechtsprechung betrifft zunächst alle Betroffenen, die bisher noch keinen Rehabilitierungsantrag gestellt haben.

Betroffene, die schon einmal einen Rehabilitierungsantrag gestellt haben, sollten unter Berufung auf den Beschluß des Oberlandesgerichts Naumburg vom 19.1.2017 – 2 Ws (Reh) 15/16 und die dort genannten und im Auftrag der Bundesregierung erstellten Expertisen von Laudien, Sachse, Wapler gem. § 15 StrRehaG i.V.m. § 359 Nr. 5 StPO einen Wiederaufnahmeantrag stellen.

Der Wiederaufnahmeantrag ist beim Landgericht Halle zu stellen, sofern im ersten Verfahren das Landgericht Mag-

deburg entschieden hat. Wenn im ersten Verfahren das Landgericht Halle entschieden hat, ist für die Wiederaufnahme das Landgericht Magdeburg zuständig.

Allen Betroffenen wird geraten, so schnell wie möglich einen Antrag auf Rehabilitierung zu stellen, weil es durchaus sein kann, daß die Rechtsprechung des OLG Naumburg in naher Zukunft Thema beim Bundesgerichtshof wird und diese positive Entwicklung wieder kippen könnte.

Wer bis dahin aber durch das OLG Naumburg rehabilitiert wurde, dem kann dies nicht wieder abgesprochen werden.

Bei etwaigen Fragen können Sie sich gern bei mir in der juristischen Beratungsstelle der UOKG melden, Tel. (030) 55 77 93 53.

Benjamin Baumgart, Jurist

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonntags, am 18. und 25. März sowie am 1. und 8. April, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Formfehler anerkannt

Zustände in DDR-Durchgangsheimen vom Gericht nicht gewürdigt

Mit Norda Krauel wurde erstmals eine ehemalige Insassin des DDR-Kindergefängnisses in Bad Freienwalde rehabilitiert. Nachdem Brandenburger Gerichte ihre Rehabilitierung zuvor in allen Instanzen abgelehnt hatten, hatte Krauel im Jahr 2011 Klage beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eingereicht. Deutschlands höchste Richter in Karlsruhe verwiesen das Verfahren daraufhin Anfang 2015 zur Neubefassung zurück an das Brandenburger Oberlandesgericht – und zwar verbunden mit drastischer Kritik: „Ein solchermaßen ineffektives Rehabilitierungsverfahren steht im Widerspruch zum Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes.“ Scharf kritisiert wurde insbesondere, daß das Oberlandesgericht in Brandenburg/Havel seiner Aufgabe zur Amtsermittlung nicht hinreichend nachgekommen sei, sondern rein nach DDR-Aktenlage geurteilt habe, was der Fortsetzung von DDR-Unrecht gleichkomme.

Nach knapp zwei Jahren ungewissen Wartens für Norda Krauel entschied das Oberlandesgericht im November 2016 erneut in ihrer Angelegenheit. Zwar wurde sie nun rehabilitiert. Über das Prozedere des Gerichts und insbesondere über die Begründung zeigte sich Krauel jedoch schwer enttäuscht. „Anstatt endlich die katastrophalen Bedingungen im Kindergefängnis in Bad Freienwalde anzuerkennen, befaßte sich das Gericht nur mit Formalia“, kritisierte sie. Die ehemalige Insassin wurde vom Oberlandesgericht nicht wegen der menschenunwürdigen Zustände während der Inhaftierung rehabilitiert, sondern nur, weil das DDR-Jugendamt ihre Mutter nicht informierte, wo die Tochter untergebracht war. Das war rechtsstaatswidrig, urteilte das Oberlandesgericht und gestand Norda Krauel eine Rehabilitierung mit Opferrente zu.

„Zwei Jahre wurde so lange an ein paar Sätzen gestrickt, bis am Ende ein Formfehler der DDR-Behörden übrig blieb. Dieser Umgang ist ein Schlag ins Gesicht aller zu DDR-Zeiten in Bad Freienwalde inhaftierten Kinder und Jugendlichen“, sagte Norda Krauel.

Der Vorsitzende des Vereins „Kindergefängnis Bad Freienwalde“, Roland Herrmann, zeigte sich ebenfalls wenig erfreut: „Wir hatten große Hoffnung

nach der Rüge aus Karlsruhe, daß mit dem erneuten Urteil endlich eine echte Rehabilitierung beginnen kann. Davon ist man aber immer noch meilenweit entfernt.“ Es muß nun juristisch auf Herz und Nieren geprüft werden, ob das Urteil auf die anderen Insassen in Bad Freienwalde anwendbar ist.

Als eine „himmelschreiende Ungerechtigkeit“ bezeichnete es Herrmann, daß außer Norda Krauel bisher kein einziger ehemaliger Insasse von Bad Freienwalde rehabilitiert wurde. Im Jahr 2010 waren ehemalige Insassen von sogenannten „Durchgangsheimen“ ins Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) aufgenommen worden. „Alle entsprechenden Verfahren hierzu sind jedoch in Brandenburg gescheitert“, kritisiert Herrmann. Die Inhaftierung der Kinder und Jugendlichen und deren Zwangsarbeit für den ehemaligen VEB Leuchtenbau aus Eberswalde bleiben in Brandenburg immer noch ungesühnt.

Viel Zeit bleibt den Betroffenen für eine Wiedergutmachung nicht mehr. Im Jahr 2019 sollen die Rehabilitierungsgesetze für die Opfer der DDR auslaufen. „Wir fordern von der Bundesregierung eine Verlängerung des Gesetzes und die Gleichstellung des sogenannten Durchgangsheimen in Bad Freienwalde mit dem Jugendwerkhof in Torgau“, sagte Herrmann. Der geschlossene Jugendwerkhof Torgau war eine Disziplinareinrichtung im System der Spezialheime der Jugendhilfe in der DDR. Im Dezember 2004 erklärte das Kammergericht Berlin, daß die Einlieferung in Torgau grundsätzlich rechtsstaatswidrig war. Grundlage dafür

waren die haftähnlichen Bedingungen in der Anstalt, denen aber keine rechtskräftige Verurteilung der Eingewiesenen vorausging. In Bad Freienwalde ist die Situation ähnlich. Ehemalige Insassen hätten mit der Gleichsetzung einen grundsätzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung, ohne die „demütigende Tortur“ durch die Justiz, so Herrmann.

Auch für Norda Krauel ist der Weg noch nicht zu Ende. Um ein Anrecht auf eine Opferrente zu erlangen, muß die ehemalige Insassin von Bad Freienwalde sich jetzt einer Überprüfung auf Mitarbeit bei der Stasi unterziehen. Das sehe das Rehabilitierungsgesetz so vor, sagt Krauel. „Als ich das gelesen habe, sind alte Wunden wieder aufgebrochen.“ Als 16-Jährige wurde Krauel einen Tag und eine Nacht in einem Berliner Stasi-Knast inhaftiert und verhört – gefesselt an einen Metallstuhl ohne Nahrung und Wasser.

„Das Schlimmste ist aber, daß das aktuelle Urteil mit keinem Wort die unmenschlichen Haftbedingungen in den DDR-Heimen und Jugendwerkhöfen thematisiert. Für mich ist das keine Rehabilitierung“, sagte sie. Aufgeben werden die ehemaligen Insassen von Bad Freienwalde dennoch nicht. Krauel und Herrmann sind sich einig: „Wir werden so lange weiterzukämpfen, bis die Bundesrepublik und das Land Brandenburg klar und deutlich eingestehen, daß uns Unrecht widerfahren ist.“

Verein „Kindergefängnis
Bad Freienwalde“

Erleichterte Rehabilitierung

Am 10. Februar hat der Bundesrat beschlossen, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes beim Deutschen Bundestag einzubringen. Ziel ist die Verbesserung der Lage von ehemaligen Heimkindern. Rehabilitierung von Betroffenen soll ermöglicht werden, wenn sie in einem Heim untergebracht waren, weil ihre Eltern politischer Haft o.ä. freiheitsentziehenden Maßnahmen

unterworfen waren. Bisher scheitern solche Anträge oft, weil die Akten der betroffenen Kinder keinen Hinweis auf politische Gründe enthalten bzw. vernichtet sind.

Die Neuregelung soll nach dem Willen des Bundesrats auch jenen Betroffenen zugute kommen, deren Antrag auf Rehabilitierung bereits rechtskräftig abgelehnt wurde.



Aufruf an die Jugend

Vertreten durch ihre 13 Mitgliedsverbände, beschloß die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso) auf ihrem XXII. Kongreß vom 21. bis 24. Oktober 2016 in Budapest den folgenden Aufruf:

Präambel

Nach dem Fall des Kommunismus ist eine junge Generation herangewachsen, der die Folgen der menschenverachtenden Ideologie des Kommunismus glücklicherweise erspart geblieben ist. Sie ist in Freiheit groß geworden, den Terror, die Drangsalierungen und die Unfreiheit in den ehemals kommunistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa hat sie persönlich nicht erlebt. Sie weiß davon allenfalls aus Berichten ihrer Eltern, Verwandten und Freunde, aus Zeitungen und aus Geschichtsbüchern.

Deshalb haben die meisten dieser jungen Generation den Eindruck, die politische und persönliche Freiheit, die sie überall vorfinden, sei selbstverständlich.

Die ältere Generation weiß, daß dies nicht der Fall ist: Viele von ihnen haben für die Freiheit ihrer Heimatländer, ihrer Verwandten und Freunde und ihrer selbst hart gekämpft, Opfer auf sich genommen und teilweise ihr Leben verloren.

Deshalb muß sie die junge Generation aufrufen, sich politisch aktiv und auch in Wahlen dafür einzusetzen, daß sie und ihre Kinder nicht wieder Gewaltherrschaft und Unfreiheit erleben müssen, sondern ein Leben in Freiheit und Demokratie führen können.

Die Inter-Asso wendet sich deshalb an die nationalen Regierungen, staatlichen Stellen und Nichtregierungsorganisationen, die für Jugendliche und junge Erwachsene zuständig sind, aber auch an alle Jugendverbände mit folgendem

Aufruf an die junge Generation, die in Freiheit groß geworden ist

Der Kampf, das Leiden und die Träume unserer Generation sind nicht vergeblich gewesen, weil wir die Freiheit für unsere

Länder erkämpft und die demokratische Staatsordnung wiederhergestellt haben.

Während des letzten Vierteljahrhunderts ist eine ganze Generation demokratisch erzogener junger Menschen herangewachsen, die jetzt das Wahlalter erreicht hat. Wir wenden uns an diese Generation:

In Ihren Händen liegt jetzt die Zukunft unserer Völker und Länder. Davon, an wen Sie durch Wahlen die Gesetzgebungskompetenz übergeben, hängt es ab, ob wir in Zukunft weiter in Freiheit und Sicherheit leben werden. Es liegt in Ihrer Macht sicherzustellen, daß Ihre Kinder nicht nochmals den Leidensweg von Ungerechtigkeit und Gewaltherrschaft erleben müssen, den das Schicksal für uns vorgesehen hatte.

Deswegen rufen wir Sie dazu auf, echte Patrioten für die Freiheit und verantwortungsvolle Bürger Ihrer Länder zu sein, um die durch uns erkämpfte Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie in Zukunft zu sichern. 

„Säuberungen“ in Nord-Korea halten an

Wie aus gutinformierten Kreisen Seouls verlautet, wurde bereits vor Wochen der Minister für Staatssicherheit der „Demokratischen Volksrepublik Korea“, der Vier-Sterne-General Kim Won-hong, zum neuesten Opfer der zahlreichen „Säuberungen“. Im Süden Koreas registrierte man seit Machtantritt des Diktators Kim Jong-un Ende 2011 rund 340 Exekutionen, darunter 140 von höheren Funktionären. Die wahre Zahl dürfte wesentlich höher liegen.

Daß die Verhaftungswellen auch den Minister für Staatssicherheit treffen würden, war bisher kaum vorstellbar: Hatte er doch sein gesamtes Leben an der Seite der regierenden Kim-Dynastie stets „linientreu“ verbracht. Der heute 71-Jährige trat 1962 der nordkoreanischen „Volksarmee“ bei, wo er 2009 schließlich zum General befördert wurde. Nur ein Jahr später wurde er zur besonderen Verwendung Kim Jong-uns von dessen Vater abgestellt, um ihn für die spätere Machtübernahme vorzubereiten. Zugleich stieg er zum Mitglied des Zentralkomitees und des Zentralen

Militärkomitees der (Staats-)Partei auf. Nach Kim Jong-uns Machtantritt gehörte er zu den vier hochrangigen Militärs, die diesen bei Besuchen der Streitkräfte begleiteten. Im April 2012 wurde er sogar Mitglied des Politbüros und außerdem Minister für Staatssicherheit. Sehr bald verstärkte er seinen Apparat von 100 000 auf rund 150 000 Angehörige und baute besonders die nordkoreanische Spionage aus, so daß er von der Elite Pjöngjangs allgemein „Spionagechef“ titulierte wurde. Er stieg zum ständigen Begleiter des Diktators auf. Zuletzt sah man ihn am 1. Januar an dessen Seite beim Besuch des Kumsuson-Palastes, in dem die Leichen Kim Il-sungs und Kim Jong-ils aufbewahrt werden.

Die wahren Hintergründe der jetzigen Entlassung sowie das weitere Schicksal dieses Opfers sind unbekannt. Manche Kenner glauben an einen Machtkampf zwischen der Partei und der einflußreich gewordenen Staatssicherheit. Nach all den „Säuberungen“ und dem Überlaufen etlicher nordkoreanischer Diplomaten in den Westen werden jetzt jedenfalls Unsi-

cherheit und Angst in der politischen Elite Nord-Koreas weiter zunehmen. Da all diese Vorgänge in den dortigen Medien stets totgeschwiegen werden, stellt sich zugleich die Frage nach der Tätigkeit und dem Wissensstand der Spionage Süd-Koreas.

Inzwischen ist auch der Tod des älteren Halbbruders des Machthabers, Kim Jong-nam, der in Macao lebte, bekannt geworden. Weil er die diktatorische Politik Kim Jong-uns kritisierte, war er in Ungnade gefallen und nach Peking geflohen. Später wurde er dann in Singapur gesehen, wo er sich offenbar dem US-Nachrichtendienst anschloß. Vor zwei Jahren tauchte er wieder in Macao auf, um unpolitischen Handelsgeschäften nachzugehen und sich auch sonst zurückzuhalten. Dennoch erreichte ihn am 13. Februar dieses Jahres der Arm des Diktators in Form zweier asiatischer Frauen, die ihn auf dem Flughafen der malaysischen Hauptstadt vergifteten. Er ist noch auf dem Weg zum Krankenhaus gestorben.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Wahlprüfsteine der UOKG zur Bundestagswahl 2017

Lage der Opfer der SED-Diktatur

1. Welche politischen Entscheidungen auf Bundesebene halten Sie in der nächsten Legislaturperiode für nötig, um die Lage der Opfer der SED-Diktatur zu verbessern?

Rehabilitierungsgesetze

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Befristungen der Rehabilitierungsgesetze hinsichtlich der Antragstellungen auf den 31. Dezember 2019 zu verändern? Schlagen Sie die Beibehaltung der Frist, eine Entfristung oder eine neue Antragsfrist vor?

3. Welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten sehen Sie, die Verfahren zur Rehabilitierung opferfreundlicher zu gestalten (z.B. Recht auf mündliche Anhörung, Beweiserleichterungen, Verpflichtung der Gerichte zur eingehenden Recherche unter möglicher Mitarbeit der Betroffenen)?

4. Welche Opfergruppen politischer Repression sind nach ihrer Kenntnis noch nicht durch die derzeitigen Rehabilitierungsgesetze erfaßt und in welcher Weise wollen Sie für welche Gruppe Abhilfe schaffen?

Opferpension, versorgungsrechtliche Ansprüche, Entschädigungen

5. Halten Sie es für sinnvoll, die Kriterien für die Erlangung der Opferpension gesetzlich neu zu definieren und gegebenenfalls auszuweiten?

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, die 180-Tage-Regelung nach § 17 a StrRehaG zugunsten besonders Geschädigter zu verändern?

7. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Bedürftigkeitsklausel zur Erlangung der Opferpension zu verändern (z.B. Anhebung des Eckregelsatzes, Staffellung, Umwandlung in eine echte Ehrenpension ohne Bedürftigkeitsprüfung)?

8. Was werden Sie unternehmen, damit verfolgungsbedingte Schädigungen aus der SED-Diktatur in versorgungsrechtlichen Verfahren präziser erfaßt und angemessener berücksichtigt werden (Veränderungen der Begutachtungsverfahren, Einrichtung eines Pools zertifizierter und qualifizierter Gutachter, Beweislastumkehr, Regelvermutung zugunsten der Betroffenen, Ablehnung MfS-belasteter Gutachter)?

9. Welche Initiativen werden Sie ergreifen, damit Politik und Wirtschaft die Zwangsarbeit von politische Häftlingen sowie Insassen von Jugendwerkhöfen entschädigen?

10. Welche Schritte werden Sie unternehmen, um die neu entstandenen Benachteiligungen für Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR in die Bundesrepublik im Rentenrecht zu beseitigen?

11. Was gedenken Sie für die Opfer der sogenannten Bodenreform zu tun?

Psychosoziale Lage der Opfer

12. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Bearbeitung von Fällen insbesondere für besonders stark geschädigte und in hohem Alter stehende Opfer unbürokratisch zu beschleunigen?

13. Welche politischen Schritte halten Sie für notwendig, um eine spezialisierte psychosoziale Beratung, Therapie und medizinische Versorgung für Opfer der SED-Diktatur innerhalb und außerhalb der Regelsysteme zu verbessern?

14. Welche Problemfelder sehen Sie, die auch nach der erfolgreichen Auszahlung des Heimfonds Ost weiter wirken werden? Was werden Sie dagegen tun?

15. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß Beratungsinitiativen deutschlandweit finanziell stabil und langfristig finanziert werden (z.B. Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur Gegenwind, Beratungsstellen der UOKG)?

Mahnen, Erinnern und Gedenken

16. Was werden Sie unternehmen, damit in der nächsten Legislaturperiode das lange geforderte nationale Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft errichtet wird? Gibt es hierzu schon konkretere Pläne Ihrer Partei?

17. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß Gedenkstätten mit nationaler Bedeutung stabil und ausreichend gefördert werden (z.B. Bautzen, Hohenschönhausen, Kaßberg, Mauergedenkstätte, Stasi-Museum Berlin)?

18. Mit welchen Initiativen unterstützen Sie den vom Europäischen Parlament ausgerufenen europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären Regime jeweils am 23. August?

19. Sollte nach Ihrer Auffassung das demonstrative Zurschaustellen von Symbolen der Unterdrückung, Repression und Menschenverachtung aus der Zeit der SED-Diktatur verboten werden (z.B. Kundgebungen in Uniformen des MfS)?

Institutionen und Initiativen

20. Welche Möglichkeiten sehen Sie auf Bundesebene, die regionalen Aufarbeitungsinitiativen in ihrer Eigenständigkeit, Vielfalt und Multiperspektivität finanziell stärker zu fördern (z.B. Menschenrechtszentrum Cottbus, Häftlingsinitiative Naumburg, Geschichtswerkstatt Jena, Bürgerkomitees u.a. in Leipzig, Magdeburg, Schwerin, Erfurt, Dresden)?

21. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß Institutionen der DDR-Aufarbeitung und Opfervertretungen von nationaler Bedeutung finanziell langfristig und stabil gefördert werden (z.B. Robert-Havemann-Gesellschaft, Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, UOKG)? Welche sollten das zusätzlich sein?

22. Auf welche Weise und mit welchem Konzept werden Sie sich für die weitere Existenz des Stasi-Unterlagen-Archivs und des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen einsetzen?

23. Welche Schritte halten Sie auf Bundesebene für möglich, die SED-Diktatur im Bereich der universitären Forschung sowie schulischen und politischen Bildung zu verankern?

Suchanzeige

Für ein Interviewprojekt, das ich für die Bundesstiftung Aufarbeitung durchführe, suche ich Frauen, die aus politischen Gründen in der DDR inhaftiert waren und am 9.11.1989 noch in Haft oder U-Haft waren.

Wenn das auf Sie zutrifft oder Sie jemanden kennen, auf die das zutrifft und die zu einem Interview bereit sein könnte, melden Sie sich bitte bei

Alexandra Pohlmeier, Tel. (015 78) 488 29 69.

Verbesserte Akteneinsicht

24. Was werden Sie unternehmen, um die Einsicht von Bürgern in die Unterlagen des MfS dauerhaft zu sichern, Fristen zu verkürzen und den Umfang der Einsichtnahme mindestens zu erhalten?

25. Halten Sie es für nötig, für den dauerhaften Erhalt der Stasi-Akten besondere Investitionen zu tätigen (Archive mit

besonderer technischer Ausstattung wie Klimaanlage, Rekonstruktion zerrissener Aktenbestände, Verbesserung der personellen Ausstattung)?

26. Halten Sie es für sinnvoll, auch in Ansehung datenschutzrechtlicher Probleme weitere Aktenbestände zur Einsicht freizugeben, wenn dies der Aufklärung persönlicher Schicksale dient (z.B. Verfolgungsakten der leiblichen Eltern bei Zwangsadoptionen)?

27. Werden Sie sich dafür einsetzen, bestimmte Aktenbestände, die sonst vernichtet würden, dauerhaft zu erhalten, sofern ein Aufklärungsinteresse besteht (Akten der Jugendhilfe, Patientenakten, Kaderakten von Volkseigenen Betrieben)?

(Die Wahlprüfsteine sollen auch als Anregung dienen, die Kandidaten des eigenen Wahlkreises zu befragen.)

Ein Denkmal für Ho Chi Minh in Wien

Von Tran Van Tich

Die Gesellschaft Österreich-Vietnam (GÖV) teilte am 3. August 2016 mit, daß sie als Stifter einen Antrag auf Errichtung einer Gedenkstätte für Ho Chi Minh, „den Staatsgründer und langjährigen Präsidenten Vietnams“ (sic) im Wiener Donaupark gestellt hat. Laut der gleichen Organisation hat das Wiener Stadtgartenamt dieses Projekt genehmigt. Genau wie im sächsischen Moritzburg war der (kommunistische) vietnamesische Botschafter dabei. Genau wie im sächsischen Moritzburg werden die Kosten für die Anfertigung und die Errichtung einer Statue Ho Chi Minhs von vietnamesischer Seite übernommen. Nach ihrer Fertigstellung wird die Gedenkstätte in das Eigentum der Stadt Wien übergeben, die für ihre Pflege und Erhaltung sorgen wird. Sowohl in Moritzburg als auch in Wien scheuen die vietnamesischen Kommunisten keine Kosten für ihre diabolische Propaganda.

In ganz Europa wurden nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nach dem Ende des Kalten Krieges der Personenkult abgeschafft und Denkmäler für kommunistische Idole abgerissen. Daß die Stadt Wien jetzt den umgekehrten Weg gehen möchte, noch dazu ohne erkennbaren Bezug, ohne Notwendigkeit, erstaunt schon sehr. Daß das Wiener Stadtgartenamt nun die Ehrung einer umstrittenen Person befürwortet, ist mehr als skandalös.

Vor 70 Jahren hatte Ho Chi Minh den Kommunismus nach dem Vorbild des Stalinismus und Maoismus in Vietnam mit aller Macht eingeführt, ohne Rücksicht auf Verluste, seien es Menschenleben oder der Frieden des Landes. Nach außen gab er sich als Volksretter und Revolutionär, doch er verfolgte das Ziel, Vietnam komplett unter eine kommunistische Gewaltherrschaft zu bringen.

Unterdrückung und Terror prägten sein Vorgehen. In Nordvietnam ließ er von 1953 bis 1956 Hunderttausende Grundbesitzer samt Familienangehörigen im Rahmen der Landreform grauenvoll foltern und töten. Nach dem Vorbild der „Kulturrevolution“ in China und im Rahmen der „Hundert-Blumen-Kampagne“ von 1954 bis 1960 wurden Schriftsteller, Komponisten, Musiker, Artisten, Künstler, Verleger, Poeten u.v.m. massenhaft verhaftet, gefoltert, verbannt. Zeitweise saßen bis zu 200 000 politische Gegner in Straflagern ein. Bei der Tet-Offensive des Vietcongs in Hue 1968 wurden neben Tausenden getöteten vietnamesischen Zivilisten auch vier Deutsche brutal exekutiert (die drei Ärzte Raimund Discher, Horst-Günter Krainick und seine Ehefrau Elisabeth sowie Alois Alteköster). Im Vietnamkrieg starben 3 Millionen Soldaten der nordvietnamesischen Armee und 1,3 Millionen südvietnamesische Soldaten sowie 2 bis 4 Millionen vietnamesische Zivilisten. 58 220 Soldaten und 5264 verbündete Soldaten waren ebenfalls im Krieg gefallen.

Nach dem Kriegsende (30. April 1975) herrschten weiterhin Unterdrückung und Terror in ganz Vietnam. Überall wurden Umerziehungslager errichtet. Frauen und Kinder wurden aus ihren Wohngebäuden vertrieben und in sogenannte neue ökonomische Zonen deportiert, wo sie praktisch vor dem Nichts standen. Die daraus folgende Fluchtwelle aus Vietnam erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1975 bis 1982. Etwa 500 000 sogenannte boat people kamen auf ihrer Flucht im Meer um. Bis heute führen die kommunistischen Machthaber in Hanoi das totalitäre kommunistische Regime fort, in dem die Menschenrechte und das internationale Foltergesetz konsequent ignoriert werden.

Der vom Wiener Stadtgartenamt geplante Erinnerungsort ist deshalb ein Denkmal für einen kommunistischen Führer, einen Massenmörder, einen Kriegsverbrecher und Tyrannen. Ein derartiges Denkmal würde nicht nur jene Vietnamesen verhöhnen, die seinerzeit unter Lebensgefahr vor den Kommunisten geflohen sind, sondern wäre für jeden Demokraten eine Schande.

Die Gesellschaft Österreich-Vietnam (GÖV) ist eine parteinahe Organisation. Es besteht eine Ähnlichkeit zwischen dieser Stiftung und anderen Institutionen, wie der Deutsch-Vietnamesischen Gesellschaft e.V. (DVG). Es handelt sich um eingetragene Vereine, die mehr oder weniger durch Mittel des kommunistischen vietnamesischen Regimes wirksam werden. Ein von der GÖV initiiertes Denkmal für Ho Chi Minh in Wien kann also einen gefährlichen Präzedenzfall für Berlin, Düsseldorf, Bonn, London, Paris, Brüssel usw. schaffen. Wünschenswert wäre in Wien die Errichtung eines Mahnmals, das an die Millionen Opfer der Kommunisten erinnert.

Gegen das Wiener Theater der Absurdität hat eine deutsche Freundin der vietnamesischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland eine Petition bei www.change.org abgefaßt. Bitte unterstützen Sie uns durch Ihre Unterschrift:

https://www.change.org/p/dr-michael-haupl-b%C3%BCrgermeister-kein-denkmal-f%C3%BCr-ho-chi-minh-in-wien?recruiter=247331671&utm_source=share_petition&utm_medium=copylink

(Dr. Tran Van Tich ist Ehrenvorsitzender des Bundesverbandes der vietnamesischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland.)

Ein Pelzmützentransport

Von Wolfgang Lehmann

Vor 70 Jahren, am 31. Januar 1947, setzte sich in Frankfurt an der Oder ein langer Güterzug aus Viehwaggons in Bewegung, in dem Hunderte Männer und Jugendliche eingepfercht waren, darunter



Foto: Willy Jockel

Wolfgang Lehmann im Mai 1950, unmittelbar nach seiner Heimkehr.

auch ich, damals 16 Jahre. Sie stammten aus den Sowjet-KZ Jamlitz und Ketschendorf, wo sie nach einer Untersuchung durch sowjetische Militärärzte ausgesucht worden waren. Diese bestand darin, daß kurz in eine Po-
backe gekniffen wurde.

Das Lager Ketschendorf, aus dem ich kam, war von den Sowjets Ende April 1945, vor Ende der

Kampfhandlungen, in der Wohnsiedlung der Reifenwerke Fürstenwalde eingerichtet worden. Sie war Anfang der vierziger Jahre bezogen worden und für etwa 500 Bewohner gedacht. Auf dem Höhepunkt der Belegung, Mitte 1946, befanden sich mehr als 10 000 Gefangene darin. Davon waren 315*, das entspricht etwa drei Prozent, ausgesucht worden. Bei einem Zwischenaufenthalt in Brest-Litowsk, an der polnisch-russischen Grenze, wurden nach einer medizinischen Nachuntersuchung noch einmal 92 Häftlinge nach Deutschland zurückgeschickt, jedoch nicht entlassen, sondern in andere Sowjet-KZ, z.B. Buchenwald, eingeliefert.

In „meinem“ Viehwaggon gab es an den Stirnseiten in etwa 50 cm Höhe jeweils eine Bretterlage, auf denen Männer lagen. Da wir ca. 40 Personen im Waggon waren, hatten nicht alle Platz darauf. So saß ich auf dem Waggonboden an der Längswand, immer mit angezogenen Beinen, denn wegen der Enge konnte ich sie nicht ausstrecken. In Ketschendorf hatten wir nach der Absonderung von den anderen Gefangenen Winterbekleidung erhalten, darunter eine Pelzmütze, wovon später der Name Pelzmützentransport abgeleitet wurde, und einen Luftwaffenmantel, der mir viel zu lang war, bei 1,62 m, mir

nun aber gut tat, denn ich wickelte mich in ihn ein wie in einen Kokon. Dafür hatte ich meinen dicken Stoffmantel hergeben müssen, den ich, zum Glück, bei der Verhaftung am 24. Oktober 1945 in meinem Heimatort Großbräschen mitgenommen hatte. Auf ihm hatte ich liegen können. Denn in Ketschendorf gab es in dem Keller, in den ich einziehen konnte (nachdem ich in der ersten Zeit auf der Betontreppe zum Keller schlafen mußte), nur eine Bretterlage in etwa 1 m Höhe. Matratzen, Strohsäcke oder Bettzeug gab es nicht. Jungen, die im Sommer verhaftet worden waren, also nur dünne Sommerkleidung trugen, bekamen bald durchgelegene Stellen an den Beckenknochen. Wenn es jemand wegen zu großer Schmerzen nicht mehr aushalten konnte, mußten sich alle umdrehen, denn wir lagen „gepackt“ wie Ölsardinen alle auf einer Seite, die Beine leicht angezogen.

Bald nach unserer Abfahrt fingen wir an nachzudenken, wo die Fahrt wohl enden würde, denn gesagt hat man uns das nicht. Schon im Lager gab es immer wieder Gerüchte, die „Parolen“ genannt wurden. Jetzt wurde gemunkelt, wir würden zur Oder-Regulierung gebracht werden, worunter ich mir nichts vorstellen konnte. Als die Fahrt immer weiter ging, hieß es, wir kämen nach Ostpreußen, um dort im Frühjahr die Felder zu bestellen (entsprechend deutscher Gründlichkeit muß ja Ordnung sein), denn wir wußten alle um die Vertreibung durch die Sowjets und Polen.

An den Zwischenaufenthalt in Brest-Litowsk habe ich keinerlei Erinnerungen. Auf der Weiterfahrt durch die Sowjetunion gab es nur einen längeren Halt in Moskau, wo wir uns in einem Bad waschen konnten. Während dessen wurde unsere Kleidung „entlaust“, d.h. einer Heißluftbehandlung ausgesetzt, wodurch Ungeziefer abgetötet werden sollte. Bis zu unserer Ankunft in Sibirien am 6. März 1947* habe ich den Waggon nicht mehr verlassen dürfen.

Außer den schon beschriebenen Bretterlagen gab es noch einen gußeisernen Ofen mit senkrechtem Rohr durch das Waggondach und einen offenen Blechbottich für die Notdurft, beide in Waggonmitte. Außerdem steckte in einer Außenwand eine hölzerne Rinne zum Pinkeln. Fenster

gab es keine, aber durch das Loch der Pinkelrinne und durch Ritzen in den Wänden konnten wir Tag und Nacht unterscheiden.

In unregelmäßigen Abständen hielt der Zug, und wir bekamen dann zu essen und zu trinken. Ob es Suppe gab, weiß ich nicht mehr, denn wir hatten ja keine Geschirre dafür, aber an Trockenbrot kann ich mich genau erinnern. Das waren ganz harte Brocken, die man nicht zerbeißen konnte, sondern im Mund aufweichen mußte. So hatte man lange etwas im Mund. Zum Trinken gab es Tee, aber nur ganz selten, und der Durst wurde immer schlimmer. Wenn ich heute lese, man solle am Tag wenigstens zwei Liter Flüssigkeit trinken, dann ist es verwunderlich, daß wir die 35 Tage der Fahrt überlebt haben, denn in dieser Zeit habe ich wohl keine zehn Liter trinken können. Einige fingen an, ihren Urin zu trinken. Schließlich leckten wir den Reif an den Wänden ab. Dafür wurde jedem vom Waggonältesten eine bestimmte Fläche zugeteilt. Dann bekamen wir Salzheringe, die wir gierig verschlangen, die den Durst jedoch noch verschlimmerten.

Unser Waggonältester hieß Peter Menzer, ein Mensch von adliger Haltung. Er war wohl Offizier in der Wehrmacht gewesen und sprach fließend Russisch. Wer Russisch sprach, hatte immer Vorteile, denn diese Leute bekamen irgendeinen „Posten“ zu ihrem Vorteil. Peter war dann im Lager in Sibirien in der Buchhaltung, wie ich es nennen möchte, wo z.B. unsere Löhne bearbeitet wurden. Dann war da noch Benno Lange, wohl ebenfalls ein Wehrmachts-offizier mit russischen Sprachkenntnissen. Aus unserem Ketschendorfer Jugendhaus kann ich mich nur an Adolf Lebküchler erinnern, der aus Lemberg stammte, auch er sprach fließend Russisch. Ihn habe ich nach der friedlichen Revolution 1989 auf abenteuerliche Weise in Leipzig wiedergefunden. Herbert Scherner (aus dem Lager Jamlitz) fand 2002 zu mir. Er hatte während der ganzen Fahrt neben mir gesessen, ohne daß wir den Namen des anderen kannten. Wir waren dann bis zu seinem Tode 2011 freundschaftlich verbunden.

Als wir in Nowosibirsk auf dem Bahnhof das Pfeifen der Lokomotiven hörten, die wie Schiffssirenen klangen, glaubten wir, in Wladiwostok am Pazifik zu sein. Wir hatten ja keine Vorstellung von der unendlichen Weite dieses riesigen Landes.

Endlich wurden am 6. März* die Türen zum Aussteigen geöffnet. Ich fiel sofort vornüber in den Schnee, weil ich wegen des dauernden Sitzens so steif war, daß ich nicht stehen konnte. Sofort schaufelte ich wie wild Schnee in meinen Mund. Die sowjetischen Bewacher trieben uns jedoch hoch und schlugen sogar mit Gewehrkolben auf uns ein, zu unseren Gunsten, denn wir wären sonst an dem Schneewasser gestorben. Im Lager trank ich dann mehrere große Blechschüsseln mit Wasser leer.

Etwas mehr als drei Jahre sollte es dauern, bis wir, wieder in Viehwaggons, aber unverschlossen, die Heimreise nach Deutschland antreten durften. Am 1. Mai 1950 rollte der Zug über die Oderbrücke in Frankfurt. Es war für mich, mit nunmehr 21 Jahren, wie ein zweiter Lebensanfang – ohne Lehre, ohne Schulabschluß und ohne Vater, der war seit Februar 1945 als Soldat vermißt und ist es bis heute geblieben.

Diese Erinnerungen habe ich niedergeschrieben im Alter von 87 Jahren.



Transportweg zur Zwangsarbeit nach Sibirien, ca. 5000 Bahn-Kilometer.

Quelle: W. Lehmann

1998 wurde von der Lagergemeinschaft Ketschendorf, die sich sofort nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Gewaltherrschaft gebildet hatte, das Buch „Die Straße, die in den Tod führte“ herausgegeben. Bearbeitet wurde es auf wissenschaftlicher Grundlage von dem (nicht betroffenen) Historikerehepaar Jan und Renate Lipinski. Es ist längst vergriffen. Da in ihm das Schicksal der „Pelzmützen“ nicht behandelt ist, rief unser Kamerad Werner Teltow auf, un-

sere Erinnerungen niederzuschreiben. Dem sind 14 Kameraden gefolgt. Das von ihm bearbeitete Buch „Pelzmützen-transport“ wurde 2002 ebenfalls von der Lagergemeinschaft Ketschendorf herausgegeben und ist auch vergriffen. Die mit * gekennzeichneten Daten stammen daraus. Die Skizze des „Reiseweges“ ist meiner Dokumentation für die Ketschendorf-Austellungen 2009 in Rimbach und 2011 in Heppenheim entnommen.



Der letzte Brief

Kurt Osterloh kam 1946 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft, ging in die sowjetisch besetzte Zone, wo ihn die Russen ins Lager Erfurt sperrten. Seine Familie konnte ihn dort drei Tage besuchen. Im September 1946 aus Sachsenhausen entlassen, wurde er am 3. Oktober 1946 von deutscher Polizei verhaftet, kam nach Hohenschönhausen, später erneut nach Sachsenhausen. Dort verstarb er am 13. Februar 1948 und wurde in einem Massengrab verscharrt. Sein letzter Brief an die Ehefrau, vor den Toren des Speziallagers Sachsenhausen geschrieben, ist erhalten geblieben.

Sonntag, den 14.4.46

Meine liebe Grete!

Es ist eigentlich nicht recht, daß ich einen Brief an Dich beginne, in der seelischen Verfassung, in der ich im Augenblick bin. Wir stehen „vor der Tür“ des ehemaligen KZ-Lagers Oranienburg, immer noch im Waggon, in den wir am Donnerstagmittag verladen wurden. Stunden sind hier so in furchtbarer Widrigkeit vergangen. [...] Was hat man nun weiter mit uns vor? Will uns der Russe erneut in Kriegsgefangenschaft bringen, monatelang,

oder Jahre? Wir haben so wenig Muße gehabt, Grete, bei unserem Treffen in Erfurt. Ich danke Dir so sehr, daß Du gekommen bist. Es war nur unendlich tiefe Liebe zu Dir, was mich hinderte, die Bitte zu kommen, direkt auszusprechen. Wußte ich doch, welche Last Du die ganzen Jahre hindurch zu tragen hattest – und noch immer tragen mußt. Aber wir hatten uns so viel zu berichten, daß wir beim Erzählen von einem Thema auf das andere kamen und keins eigentlich ausführlich behandelten. Ich frage mich jetzt, ob ich richtig gehandelt habe – dieses Thema haben wir nicht zu Ende gebracht. Ich stelle fest: von Robert bekam ich auf meine ausführliche Anfrage den Kartenbescheid, das „kein Grund zur Beunruhigung vorläge“, nach Halberstadt zu gehen und auch Deine beiden Karten erhielten keinerlei Warnung. Wenn uns jetzt wirklich die Russen nochmals festsetzen, so kann ich mir keinen Vorwurf machen, so gehandelt zu haben, wie ich es tat. Ich wollte da hin, wo meine Familie lebt. Nun ist das vielleicht auch wieder schief gegangen, ich bin nun näher an Euch und doch nicht bei Euch. Ich kann's nicht ändern – wer kann in dieser toll und unsinnig gewordenen Welt wissen, wie man richtig handelt.

Dieser Irrsinn, uns noch immer festzuhalten, nur weil wir unserem Vaterland als Offiziere dienten. Grete, meine Grete, ich verzweifle an dem Sinn des Daseins, so oft schon in der Kriegsgefangenschaft. Warum quälen sich Menschen so gegenseitig?!

Ich hoffe, wenigstens diesen 2. Mai, den Geburtstag unseres ältesten Buben zu Hause erleben zu können.

Diese Hoffnung habe ich heute bereits aufgegeben.

Grete, liebe Grete – dieser Junge. Ich kann mich mit Dir nicht über ihn aussprechen – schriftliche Stammeleien sind nur ein kümmerliche Behelf. Er ist ein weicher Junge – und darum wird er es doppelt schwer haben. Mach ihn hart, wo Du es kannst erziehlisch – nur dadurch können wir ihm helfen. Ich habe ihn so lieb, diesen Jungen – weil er mir so viele Sorgen macht wegen seiner Art. Um unseren Hannseemann ist mir nicht bange, der kommt durch. Wenn ich an Ernst-Albert denke, packt mich eine Sehnsucht, die direkt körperlich schmerzt. Gib ihm am Geburtstag einen herzlichen Vatikuß!



Respekt und Hilfe erwarten

(st) Am 15. Februar hatte die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) anlässlich ihres 25-jährigen Bestehens zu einem Festakt in den Saal der Bundesstiftung Aufarbeitung in Berlin eingeladen. Die mehr als 100 Gäste aus Politik, Gesellschaft und den Mitgliedsverbänden wurden zunächst von der Geschäftsführerin der Bundesstiftung, Anna Kaminsky, und dem Bundesvorsitzenden der UOKG, Dieter Dombrowski begrüßt.

Anna Kaminsky erinnerte daran, daß die UOKG sich seit 25 Jahren dafür einsetzt, „das geschehene Unrecht und die kommunistischen Verbrechen ins öffentliche Bewußtsein zu bringen“. Sie mahnte u.a. Verbesserungen bei der Anerkennung gesundheitlicher Haftschiäden an und stellte dann ganz unvermittelt fest, daß auch einmal eine Frau an der Spitze des Dachverbandes stehen sollte. Dieter Dombrowski erklärte, die individuell erlittenen Unrechtserfahrungen kämen „allzu oft in unserer Demokratie und in unserer ordentlichen und bürokratischen Verwaltung zu kurz.“ Sich am Tag der Deutschen Einheit immer wieder bei den DDR-Bürgern für ihren Mut zu bedanken, reiche nicht aus.

In seiner Festrede dankte der Vizepräsident des Bundestages, Johannes Singhammer, der UOKG für ihr Engagement und hob besonders die Beschäftigung mit den noch ungelösten Problemen der Opfer von Zwangsadoptionen hervor. Nach einer Würdigung der historischen Ereignisse von Mauerfall und Wiederver-

einigung resümierte er: „Ich bin immer noch fassungslos, wenn es angesichts dieser zahllosen menschlichen Tragödien noch Politiker gibt, die es ablehnen, die DDR als das zu bezeichnen, was sie war: ein Unrechtsstaat! Und ich danke der UOKG, die sich unermüdlich für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft einsetzt!“ Die Mauer sei gefallen, die Freiheit habe gesiegt, aber nicht alle Wunden seien geheilt und nicht allen sei Gerechtigkeit widerfahren.

Der Historiker Christian Sachse betonte in einem Rückblick auf 25 Jahre UOKG, daß die Menschen, die von ihr vertreten würden, sich den Status des Opfers nicht ausgesucht hätten. Sie wollten dafür keine Geschenke, doch „sie können Respekt erwarten und Hilfen, die ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.“ Sachse zeigte anhand mehrerer Beispiele, weshalb er bereits existierende Hilfen mit einem „Aber“ versehen wolle und nannte u.a. die Opferpension, den Heimkinderfonds und die Anerkennung von Gesundheitsschiäden. Zu den Dauerthemen der UOKG zählte er auch die Entschädigung für DDR-Haftzwangsarbeit, die Lage der von Zwangsadoption Betroffenen und die Errichtung eines nationalen Mahnmals für die Opfer des Kommunismus.

Die Reihe der Grußworte führte der Berliner Senator Klaus Lederer an, der den Regierenden Bürgermeister vertrat. Lederer ist Mitglied der Linkspartei und war sich der problematischen Situation wohl bewußt. Ihm sei klar, „daß es für viele eine Zumutung ist“. Er erzählte deshalb

in sehr persönlichen Worten von seinem Prozeß der Aufarbeitung, und die Mehrheit des Publikums erkannte das an. Die Parlamentarische Staatssekretärin und Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder, Iris Gleicke, bezeichnete die UOKG als „die Stimme der Opfer“. Es gebe immer noch zu viele Menschen, die leugneten, was sich ereignet habe. Doch „die Vergangenheit ist Teil unserer Gegenwart“. Die Opfer seien keine Bittsteller und erwarteten zu Recht, daß ihr Schicksal nicht vergessen werde.

Es folgte die Ehrung dreier langjährig engagierter UOKG-Mitglieder: Sybille Krägel von der Initiativgruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien und Mitglied im Vorstand, Horst Schüler, ehemaliger UOKG-Vorsitzender und ihr heutiger Ehrenvorsitzender, und Klaus Gronau, ehemaliges Vorstandsmitglied. Diese Ehrung sei für ihn der eigentliche Höhepunkt der Veranstaltung, nahm Roland Jahn, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, als nächster Redner den Faden auf. Das gehe ihm ans Herz, wie überhaupt die Zeitzeugen bei vielen UOKG-Veranstaltungen. Jahn sprach sich für Rentengerechtigkeit der ehemaligen Flüchtlinge und Übersiedler aus und forderte eine Entfristung für die Antragstellung nach den Rehabilitierungsgesetzen. „Die Menschen, die die Einheit erst möglich gemacht haben, dürfen nicht auf der Strecke bleiben.“

Martin Gutzeit, Berliner Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, erinnerte daran, wie anlässlich des 7. Kongresses der Inter-Asso, zu dem die UOKG eingeladen hatte, die Landesbeauftragten Kontakte nach Ost-Europa knüpfen konnten. Das habe den Blick in Richtung Osten geweitet. Die hohe Summe von Fördergeldern des Landes Berlin für Beratungsprojekte nahm er zum Anlaß, auch die anderen Länder zu mehr Förderung zu ermuntern. Der Leiter des Bereichs „Geschichte und Erinnerung“ im Bundeskanzleramt, Ansgar Hollah, hatte gute Nachrichten zu überbringen. Er sehe das Mahnmalprojekt auf einem guten Weg. Ihm sei wichtig, sich mehr um die Opfer zu kümmern und „nicht so viel Verständnis für die Täter“ zu zeigen. Sein Bekenntnis, auch in den kommenden Jahren sei die UOKG unverzichtbar, wurde mit Freude vernommen und leitete über zu einem Empfang, den die Gruppe „One Black Coffee“ mit ganz entspannter Jazz-Musik begleitete.



Geehrt wurden Sybille Krägel, Klaus Gronau und Horst Schüler (vorn v.l.), dahinter (v.l.) Iris Gleicke, Dieter Dombrowski, Martin Gutzeit und Klaus Lederer.

Vom Haus des Terrors zum Haus der Demokratie

Die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße aus Potsdam stellt sich vor

(ug)Die Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam gibt es bereits seit 1995. Wer an dem barocken Stadtpalais im holländischen Stil vorbeigeht, ahnt kaum, daß sich im Hof ein Gefängnis befindet. 1910 in Betrieb genommen, diente es als Landgerichtsgefängnis. 1934 zog das Erbgesundheitsgericht ein, das mehr als 3300 Zwangssterilisationen verfügte. Das Hafthaus war in der NS-Zeit Untersuchungsgefängnis für politische Gegner, ausländische Zwangsarbeiter und andere politisch und rassistisch Verfolgte. Von 1945 bis 1952 übernahm der sowjetische Geheimdienst den Gebäudekomplex. Im Vorderhaus tagte das Sowjetische Militärtribunal (SMT) und wurden die Gefangenen verhört, im Zellentrakt waren die Untersuchungshäftlinge eingesperrt. 1952 übernahm der Staatssicherheitsdienst der DDR das Untersuchungsgefängnis; Gerichtsverfahren fanden nicht mehr in dem Gebäude statt.

Tausende Menschen sind in den unterschiedlichen Zeiten durch dieses Gefängnis gegangen, haben dort Einschüchterung, Bedrohung, Verzweiflung und auch Folter erlitten. In der NS-Zeit wurden viele Häftlinge in Konzentrationslager überstellt oder zum Tode verurteilt; auch das SMT fällte zahlreiche Todesurteile, die dann in der Sowjetunion vollstreckt wurden. In der DDR wurden die Häftlinge vor allem psychisch zermürbt; die Glasbausteine anstelle von Fenstern und die Hofgangzellen

sind bauliche Zeugen dieses Vorgehens. 1989/90 wurde das Haus von bürgerchaftlichen Initiativen in Besitz genommen und so vom Haus des Terrors in ein Haus der Demokratie verwandelt. Diese vier Phasen der Hausgeschichte sind Gegenstand von vier Ausstellungsmodulen.

Ende 2015, zwanzig Jahre nach Einrichtung der Gedenkstätte, die abwechselnd vom Potsdam-Museum oder der Stadtverwaltung direkt geführt wurde, gründete die Stadt Potsdam die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße. Die laufende Finanzierung teilen sich das Land Brandenburg und die Stadt Potsdam. Mit Dienstbeginn der Leiterin Uta Gerlant im Juni 2016 nahm die Stiftung ihre Arbeit auf. Inzwischen ist das Team mit einer Wissenschaftlerin, einer Gedenkstättenpädagogin, einer Presse- und Öffentlichkeitsreferentin, einer Verwaltungsmitarbeiterin, einer Teamassistentin und drei Empfangsmitarbeitern komplett. Ihre Aufgabe ist es, im Sinne der Anerkennung der Opfer zu wirken und Forschung sowie Bildung zu befördern. Besucherreferentinnen und -referenten stehen für Führungen durch die Ausstellung zur Verfügung.

In dem ehemaligen Gerichts- und Hafthaus engagieren sich heute mehrere Initiativen gemeinsam. Von Anfang an setzte sich die Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“ für die Einrichtung und den Erhalt der

Gedenkstätte ein. Die seit 14 Jahren im Haus tätige Gedenkstättenlehrerin wird von dem Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e.V. unterstützt. Im Dezember gründete sich eine Bürgerinitiative ehemaliger Häftlinge („Der Stacheldraht“ berichtete). Das zeigt, daß dieses Haus lebendig ist. Es soll weiterhin und zunehmend ein Begegnungsort für ehemalige Häftlinge sein.

Viele ehemals im Gefängnis Lindenstraße Inhaftierte kommen auch jetzt noch zum ersten Mal hierher zurück – das erste Mal seit dreißig, vierzig Jahren. Wir bitten die ehemaligen Häftlinge, die noch keinen Kontakt zu uns haben, sich bei uns zu melden. Auch für Hinweise auf ehemalige Haftkameradinnen und -kameraden sind wir dankbar.

Bitte wenden Sie sich an Sonja Rosenstiel per E-Mail unter rosenstiel@gedenkstaette-lindenstrasse.de oder telefonisch unter der Nummer (03 31) 289 61 14. 



Das Team der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße.

Für die Opfer des NKWD von 1945

Gedenkfeier in TOST/Oberschlesien am 13. Mai 2017

Mai 1945 – das Ende des II. Weltkrieges. Kaum aber waren die Insassen der Nazi-KZ durch die Rote Armee befreit, brach eine neue Verhaftungswelle aus, und die gesamte Lager- und Zuchthaus-Infrastruktur wurde wieder genutzt, wie u.a. in Buchenwald, Sachsenhausen, Mühlberg, Cottbus, Fünfeichen, Hohen-schönhausen, Bautzen. 180 000 Menschen verschwanden sofort wieder hinter Gittern und Stacheldraht, darunter auch „gefährliche“ 12-Jährige. Bis zum Mauerfall im November 1989 blieb dieser Terror ein Flüsterthema in der SBZ/DDR.

Im Sommer 1945 konnten sich die ca. 4500 Häftlinge des NKWD-„Lager-Gefängnisses“ weder vorstellen, je die Heimat und die Familie wiederzusehen, noch daß eines

Tages über ihre Leiden berichtet wird, und schon gar nicht, daß Menschen freiwillig anreisen, um gemeinsam mit Bürgern von Tost (polnisch Toszek) ihrer zu gedenken.

Was war hier 1945 geschehen? In ungepflegtes, beeingtes Gemäuer einer Psychiatrie pferchte der sowjetische Geheimdienst NKWD Menschen ein, die sofort und meist willkürlich verhaftet worden waren. Bewacht wurden sie von aus deutschen KZ befreiten Sowjetsoldaten, die hofften, sich durch angemessene Behandlung der Gefangenen die Fahrkarte nach Hause zu erarbeiten. Jetzt rächten sie sich für das, was sie selber erlebt hatten.

Nach acht Monaten der Isolierung bei brutaler Zwangsarbeit unter Prügel und

Demütigungen, mieser Hungerverpflegung, nichtbehandelten Krankheiten, Verletzungen und fehlender Hygiene waren am Ende von ursprünglich ca. 4500 Häftlingen nur noch etwa 1500 übrig. 3000 sind in dieser Zeit umgekommen und wurden in Massengräbern verscharrt. Mein Vater – Hans Rasmussen, 39 Jahre, aus Hainichen/ Zschopau (Sachsen) – hat diese Zeit keine vier Monate überlebt. Eine Hälfte der Überlebenden, meist Kranke und Schwache, wurde nach Hause entlassen, wie viele dort ankamen, ist unbekannt. Die anderen Überlebenden wurden in weiteren NKWD-Lagern inhaftiert.

Östlich der Oder begannen die Verhaftungen bereits im Januar, westlich des Flusses im Mai 1945. Eingesperrt waren hier fast 1000 Schlesier sowie 3700 Männer, Frauen und Jugendliche (Sachsen, Sachsen-Anhalter, Brandenburger und Sudetendeutsche), die aus dem „Gelben



Elend“ in Bautzen hinzukamen, das wohl wegen permanenter Überfüllung Platz schaffen mußte. Der Jüngste auf Transport war 14 Jahre alt. Tost wurde Ende 1945 wieder aufgelöst. Die Bewacher fuhren wahrscheinlich nicht nach Hause, sondern geradewegs in den Gulag.

Mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge sind wir leider immer noch nicht weitergekommen, was das Auffinden der Massengräber betrifft. 2012 wurde an der Stelle gegraben, die von damaligen „Totengräbern“ benannt wurde, und wo leider 2011 plötzlich riesige Kohleberge lagerten – das Gelände war verkauft worden. Damals wurden



Hinweis auf die Gedenkstätte.

keine Gebeine gefunden. Auf dem Areal befanden sich 1945 mehrere Kiesgruben, die als Massengräber genutzt wurden. Diese Stellen sind inzwischen mittels Meßtischblättern von einem Archäologen aufgespürt. Die Kriegsgräberfürsorge zögert jedoch derzeit leider, weitere Untersuchungen zu veranlassen. Wir wünschen uns sehr zu erfahren, wo unsere Toten damals „beerdigt“ wurden. Niemand versteht, warum nicht noch einmal, möglichst professionell, gesucht wird.

1998 konnten wir unsere Gedenkstätte einweihen – nahe den vermuteten Massengräbern. Inzwischen ist das Lager aufgearbeitet, fast alle Häftlinge sind erfaßt

in meiner Datenbank. Freundschaften mit Toster Bürgern sind entstanden: ehemalige Deutsche die inzwischen wieder deutsche Pässe haben, und Polen, die verstehen, was uns umtreibt, denn alle haben durch den Sowjet-Kommunismus gelitten. Im Mai 2015 erlebte ich die große Ehre, durch Stadtrat Krzysztof Kloniek und Bürgermeister Grzegorz Kupczyk zur Ehrenbürgerin von Tost ernannt zu werden. Das hat mich sehr bewegt und motiviert zugleich.

Seit 1993 organisiere und veranstalte ich gemeinsam mit dem Deutschen Freundschaftskreis Tost e.V. alle zwei Jahre Gedenkfeiern vor Ort. **Der nächste Termin ist der 13. Mai 2017.**

Dank finanzieller Unterstützung des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR konnte diesmal die Veranstaltung auf **60 Euro pro Teilnehmer** reduziert werden. Darin eingeschlossen: Fahrt mit dem Charter-Bus ab Sachsen, Besichtigung des ehemaligen Gefängnisses, Feier an der Gedenkstätte, Mittagessen und Kaffeetrinken auf der Eichendorff-Burg, wozu auch unsere Toster Freunde eingeladen werden, zweisprachiger ökumenischer Gottesdienst in der Barbara-Kapelle, wo uns u.a. Sabina Olbrich wieder mit ihrem wunderbaren Ave Maria erfreuen wird, Blumenschmuck, Musikkapelle. Was von Beiträgen und Spenden übrig bleibt, übergebe ich dem Freundschaftskreis, dessen Mitglieder unsere Gedenkstätte davon pflegen. Information und Anmeldung bei: Sybille Krägel, I.G. NKWD-Lager Tost/Oberschlesien 1945 (Mitglied im Vorstand der UOKG, Berlin), Krefelder Weg 14, 22419 Hamburg, Tel. (040) 53 32 05 99, E-Mail: kraegel@uokg.de

Sybille Krägel

Leserbrief

Lassalle statt Marx

Zum Beitrag „Dichtung und Wahrheit“, Ausg. 1/2017, S. 3

Der Kommentar des Kameraden Odenthal legt den Finger in die noch immer klaffende Wunde unbewältigter, marxistischer „Diktatur des Proletariats“.

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.“ Dieser Leitsatz des 1848 in London von der Ideologie-Firma Marx & Engels verfaßten Manifestes der Kommunistischen Partei hat trotz der schicksalhaften Wendjahre 1989/90 seine gespenstische Wirkung nicht verloren. Noch immer halten die Linken trotz aller demagogischen Friedensbeteuerungen an jener marxischen Strategie gewaltsamer Beseitigung der demokratischen Gesellschaft durch „Klassenkampf“ fest.

Augenscheinlich wurde das am 8. Januar 2011 in der Berliner Urania. Dort durfte die damalige Linkenvorsitzende Löttsch in trauter Eintracht mit der ehemaligen RAF-Terroristin Inge Viett zu Gewalttaten gegen demokratische Institutionen in Deutschland aufrufen. Die Genossin Wagenknecht bezeichnete im Europarat die Aufarbeitung der Verbrechen im „real existierenden Sozialismus“ als „Sozialrevisionismus“. Ist das keine Kriegserklärung an die Demokratie?

Besonders erschreckend, daß heutige Sozialdemokraten und Gewerkschafter ebenfalls diese totalitäre Ideologie teilen. Hat nicht Ferdinand Lassalle 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegründet, aus welchem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hervorging? Tausende aufrechte Demokraten endeten in den marxistisch-leninistischen Gulags, weil sie gleich ihm für friedliche Reformen eintraten.

Müßte nicht an Stelle von Marx' Namen der von Lassalle an Hunderten Straßenschildern prangen?

Fritz Schüler, Heilbronn

Neue Regelung ab 2017

Fristwahrung beim Einreichen von Förderanträgen

Die Bundesstiftung Aufarbeitung ist bestrebt, ihr Antragsprozedere weiter zu optimieren und an gängige Verfahren anzupassen. Wir möchten Sie deshalb über eine Änderung beim Einreichen von Projekt- und Stipendienanträgen bei der Bundesstiftung Aufarbeitung informieren, die ab dem Jahr 2017 gilt: Für die Fristwahrung beim Einreichen von Projekt- und Stipendienanträgen ist ab sofort der Posteingang bei der Stiftung maßgebend. Ihre Anträge müssen daher bereits **bis zum Ablauf der jeweiligen Antragsfrist** (30. Juni, 31. Juli bzw. 31. August des Jahres) **in der Geschäftsstelle vorliegen**. Die fristwahrende Absendung bzw. Abgabe bei einem Post- oder Transportunternehmen (und damit der Poststempel oder ein anderer Einlieferungsbeleg) sind dann für die Einhaltung der Fristen nicht mehr ausreichend. Wir bitten Sie, diese Änderung künftig zu beachten.

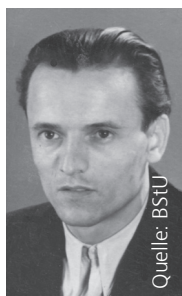
Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHEL-DRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Suchanzeigen

Wer kannte den „Schwarzen Major“ von Hohenschönhausen?

Mit diesem Aufruf sollen ehemalige politische Gefangene erreicht werden, die sich an einen Stasi-Offizier erinnern, der weit über zwanzig Jahre in verschiedenen Funktionen, zunächst als Vernehmer in der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen und später als Polit-Offizier im „Lager X“ wirkte. Dieser Mann hatte unter den Gefangenen in Hohenschönhausen den Spitznamen der „Schwarze Major“. Er war über eine Hilfs-Funktion bei der Volkspolizei zum MfS gelangt.



Der „Schwarze Major“.

Es handelte sich um einen großen, schlanken Mann, mit dunklen, nach hinten gegelten Haaren. Er sprach polnisch und russisch, war von 1951 bis 1965 zunächst in der HA IX/1 eingesetzt – das war die für Spionage zuständige Linie der Untersuchungsabteilung des MfS. Sein Dienstgrad war im Zeitraum von 1958 bis 1966 Hauptmann, dann erfolgte die Beförderung zum Major. Von 1965 bis 1973 erlangte er unter den Gefangenen des „Lager X“ größere Bekanntheit. In dieser Phase war er dort als Polit-Offizier der HA IX/4 eingesetzt. Dieser Offizier war der Vernehmer von Olga Raue, die im Juni 1959 wegen Spionage für die Amerikaner in Moskau verhaftet wurde. Er war auch der Stasi-Offizier, der im Sommer 1962 den schwer verletzten West-Berliner Fluchthelfer Dieter Hötger vor einer dringend notwendigen Operation erst verhören wollte.

Zweifelsfrei fest steht auch, daß dieser Offizier Untersuchungsgefangene mit Versprechungen köderte, um sie als Zellen-Informatoren für das MfS zu gewinnen. Bei Haftentlassungen wurden Strafgefangene oft zunächst in das Dienstzimmer dieses Offiziers gerufen, wo sie dann ihre vermeintlichen „Bewährungshelfer“ kennenlernten.

Wer erinnert sich an den „Schwarzen Major“? Wer erkennt ihn auf dem hier veröffentlichten Foto wieder? Wer lernte ihn als Vernehmer der Untersuchungsabteilung kennen? Jede Erinnerung, jede Episode hilft! Besonders inte-

ressant sind auch Erinnerungen von Personen, die wegen Spionage für die Amerikaner im Zeitraum zwischen 1955 und 1970 in Hohenschönhausen (und anderen DDR-Strafanstalten) inhaftiert waren.

Über das Thema forscht Prof. Dr. Stefan Appelius, der über die Telefonnummer (0171) 544 42 82, die Postanschrift c/o Forschungsverbund SED-Staat, Koser Str. 21, 14195 Berlin, oder die E-Mail-Adresse stefan.appelius@fu-berlin.de erreichbar ist. Bei Anrufen, die nicht sofort funktionieren, bitte Nachrichten mit Rückrufnummer auf der Mailbox hinterlassen oder erneut anrufen. Dr. Appelius ruft Sie dann gerne zurück.

Zwangsarbeit Kunst

Auch auf dem Gebiet der Bildenden Künste mußten ehemalige politische Häftlinge, genannt „Staatsverbrecher“, in DDR-Zwangsarbeit schuften. Häufig mit schwer gesundheitsschädigenden Materialien wie hochgiftigen Lacken und Farben – und das ohne angemessenen Arbeitsschutz. Das einzige, was ihnen von der permanenten Ausbeutung in Gewahrsam von ihrem kreativen Gedankengut blieb, sind ihre Urheberrechte. Bisher war „Kunst im Knast“ eins von vielen Tabu-Themen. Von Historikern und Wissenschaftlern wurde es in Dokumentationen kaum erwähnt.

Zufällig stieß ich im Buch „Zwangsarbeit für den Klassenfeind“ von Tobias Wunschik auf den Satz: „In Hohenek mußte eine entsprechend begabte Häftlingsarbeiterin des Elektromotorenwerkes Grünhain nach Dienstende noch Wandteppiche knüpfen.“ Ich bin sicher, daß damit meine Doppelzwangsarbeit angedeutet wurde. In „Stell dich mit den Schergen gut“ (1984) hatte ich ausführlich darüber berichtet. Bei dieser Art Zwangsarbeit

ging es nicht um Wandteppiche schlechthin, sondern neben zahlreichen künstlerischen Einzel- und Sonderanfertigungen insbesondere um Wandteppiche **mit politischem Inhalt!** Und dabei in erster Linie um ein Porträt von Arbeiterführer **Ernst Thälmann (ca. 150 × 60 cm)**. Ein halbes Jahr lang hatte ich mich geweigert, dieses Kunstwerk anzufertigen. Das Risiko war einfach zu groß, wegen „Sabotage“ oder „Verunglimpfung“ eine Zusatzstrafe zu den 3,5 Jahren wegen „Republikflucht“ einzufangen. Als sie mir wegen Arbeitsverweigerung weitere zwei bis drei Jahre androhten, begann ich 1974 völlig entsetzt mit dieser Arbeit. Dem einen Kunstwerk folgte 1975 ein weiteres in Übergröße: **Das Treptower Ehrenmal (ca. 300 × 200 cm)** – von mir entworfen, auf Stoff gezeichnet, im Akkord geknüpft.

Dieser Aufruf richtet sich nicht an Hobby- und Freizeitgestalter während DDR-Haft, sondern an Künstler, denen man **Kunstwerke wie Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen etc.** unter Drohungen oder Inaussichtstellung einer vorzeitigen Entlassung abpreßte. Melden Sie sich bitte für eine Dokumentation schriftlich bei der Redaktion „der stacheldraht“, z. Hd. E. Thiemann, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, mit folgenden Angaben:

1. In welchem DDR-Gefängnis waren Sie wann inhaftiert und mußten was herstellen?
2. Zu welcher künstlerischen Arbeit wurden Sie wie viele Stunden täglich gezwungen?
3. Wurden Sie für die Kunstwerke entlohnt?
4. Ist Ihnen bekannt, für wen die Kunstwerke bestimmt waren und wo sie sich heute befinden?

Ellen Thiemann

„Mauern. Gitter. Stacheldraht“

Politische Repression in SBZ und DDR 1945–1990
Eine Plakatausstellung der UOKG

Die Ausstellung gibt den vielfältigen Repressionen in SBZ und DDR Namen und Gesichter. Sie ist eine gute und preiswerte Möglichkeit, um an öffentlichen Orten die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland anzuregen und zu fördern.

Die Ausstellung (die auch als Wanderausstellung im Banner-Format bestellt werden kann) besteht aus 17 Plakaten in der Größe DIN A1. Sie wird für eine Gebühr von 10 Euro plus 10 Euro Porto und Verpackung per Post zugesandt. Auf Wunsch wird für die Eröffnung der Ausstellung ein authentischer Zeitzeugenvortrag vermittelt. Der Kostenanteil dafür beträgt 50 Euro. Die Ausstellung kann bestellt werden bei: UOKG-Geschäftsstelle, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail Geschaeftsstelle@uokg.de; weitere Informationen in Ausgabe 8/2016 und auf www.uokg.de/wanderausstellung.

Sowjetblock-Spionage gegen die Schweiz im Kalten Krieg

Bücher zu diesem Thema sind modern. Alle bisherigen Autoren behaupten, „sämtliche geheimen Unterlagen“ der eidgenössischen Sicherheitsstellen eingesehen zu haben, doch ist das Gegenteil schnell zu erkennen, wie auch die Tatsache, daß sie zum Spionagebereich kaum Kontakte hatten. Das gilt um so mehr, wenn ein Verfasser damals nicht in Helvetia lebte. Äußerst schwer ist es, die Wahr-

heit objektiv zu erkennen, wenn, wie im vorliegenden Buch, der Autor längere Zeit dem Wachregiment „Feliks Dzierzynski“ des Ministeriums für Staatssicherheit (offiziell als „militärisch-operativer Arm des MfS“ bezeichnet) angehörte und dort von einer, noch heute oft aufscheinenden SED-Ideologie geprägt wurde.

Dieses Tendenziöse gipfelt in dem häufigen Vorwurf, die Berner Regierung habe

in jener Zeit die politische Neutralität verletzt, obwohl eine Gefahr aus dem Sowjetblock „nicht bestanden“ hätte. Tatsächlich wurden jährlich annähernd zehn Ost-Spione enttarnt und wiederholt in den Wäldern vergrabene Funkgeräte östlicher Herkunft aufgespürt. Der Verfasser hat offenbar nie die Geschäftsberichte des Bundesrates gelesen. Erwähnt er doch selber das Stasi-Residentur-Ehepaar Wolf, das unter der Falsch-Identität des Auslandsschweizers Kälin nach Winterthur eingeschleust wurde. Ebenfalls nach seinen eigenen Worten saß in der Berner DDR-Botschaft (Handelsabteilung) ein Stasi-Mann, und ebenso betrieb der Kraftfahrer des Militärattachés aktive Spionage (daß die Schweizer Abwehr ihn „umdrehte“, gehört indes auch zum Bild). Die einzelnen Fälle sind vom Autor zwar wahrheitsgemäß beschrieben, dennoch vermitteln sie ein verzerrtes und damit kein echtes Bild der damaligen Situation. Symptomatisch für sein Weltbild ist seine Beschwerde

lediglich über das Abhören der DDR-Botschaft seitens Berner Stellen.

DDR-Spionagechef Markus Wolf benutzte angesichts des hohen Standards ihrer Industrie „die Schweiz vor allem für Wirtschaftsspionage“, räumt der Autor ein. Sie stellte ein „wichtiges Einfallstor in den freien Markt des Westens“ dar, der Ostblock wollte „Zugang zu den modernsten militärischen Technologien des Westens“ – eine allzu harmlose Umschreibung von Spionage! Das galt besonders für die Stasi-Abteilung „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo), die gerade in der Schweiz nach bestem SED-Parteichinesisch als „Partisan im Hinterland des Feindes“ dunkle Handelsgeschäfte in Form von Tarn- und Briefkastenfirmen abwickelte. Zumeist ging es um westliche Embargowaren, die in den Osten geschmuggelt werden sollten. Primär betraf es neueste Entwicklungen und Waffen, „die ihm die NATO verwehrte“ – ein wunderbar formulierter Vorwurf gegen den Westen, daß der seine militärischen Forschungsergebnisse nicht brüderlich mit den angeblich so friedliebenden Russen teilen wollte. Außerdem verschob die KoKo bei Privatpersonen in der DDR rechtswidrig beschlagnahmte Gemälde und Antiquitäten in den Westen.

Zutreffend deutet das Buch an, daß KoKo-Anführer Schalck Golodkowski sehr früh das Ende der DDR kommen sah und dabei vor allem an sein eigenes Wohlergehen nach dem Kollaps dachte...

Die Schweiz hätte ihre Neutralität verletzt, wenn sie diesem vielfältigen Vordringen kommunistischer Geheimdienste tatenlos zugesehen hätte. Schon im Interesse ihrer eigenen Sicherheit mußte sie dem entgegenwirken. Wenn jedoch von einem „Spitzelstaat“, einer „Spionag hysterie“ und einem „Überwachungswahn“ der Schweiz zu lesen ist, verwechselt der Verfasser die freie Helvetia mit der zweiten deutschen Diktatur in Form der DDR. Die Abwehr in Bern, welche die von westlichen Kollegen an sie herangetragenen Aufträge erfüllte, als „selten effizient“ zu werten, ist in keiner Weise gerechtfertigt. Daß manche Aktivitäten Moskaus auch in der Schweiz nicht enttarnt wurden, mag wahr sein. Im Gegensatz zu nahezu allen

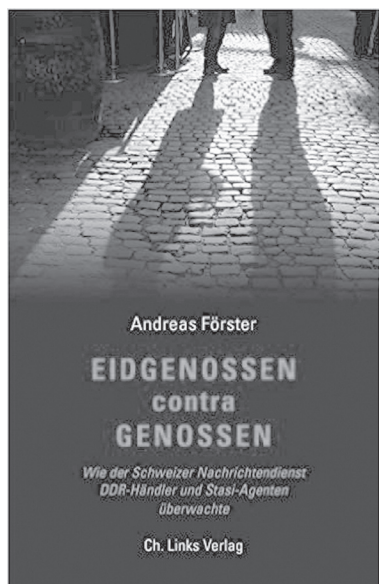
westlichen Nachrichtendiensten können sich die Schweizer aber rühmen, daß es bei ihnen niemals einen Verräter gab, der zur Gegenseite überlief – wie es gerade bei den Geheimdiensten der UdSSR geschah.

Seinen Behauptungen nach hat der Autor Akten der eidgenössischen Bundesanwaltschaft eingesehen sowie, was er aber nur an einer Stelle betont, des Schweizer Nachrichtendienstes. Bekanntlich ist dazu eine Genehmigung des Justizministeriums erforderlich, die bisher sogar Schweizer Staatsbürgern verweigert wurde. (Ob im vorliegenden Fall zu leichtsinnig gehandelt wurde, ist nach vorliegenden Informationen Gegenstand einer internen Untersuchung in Bern.)

Es werden allerdings nur recht wenige Seiten gewesen sein, denn über die besonders großen Spionagefälle weiß der Verfasser kein einziges Wort zu berichten. Auch über die Hintergründe der Verhaftung des Brigadiers Jeanmaires, der an den sowjetischen Militärattaché sein Land verriet, schweigt das Buch. Tatsache ist, der Zürcher Elektrohändler Edwin Bollier lieferte dem DDR-Geheimdienst spezielle Funkempfangstechnik, Telexgeräte und Lügendetektoren, die zumeist den Embargobestimmungen unterlagen. Mit dem Decknamen „Rubin“ war er direkt dem Stasi-General Männchen unterstellt. Daß er trotz etlicher Besuche in Ost-Berlin nichts von Spionage geahnt haben will, nimmt ihm der Autor ohne weiteres ab – Schweizer Stellen sind nicht so realitätsfremd. Das Buch schließt den Fall „Rubin“ mit einem unwichtigen Treffen wenige Tage vor dem Fall der Mauer ab.

Bei einer vollständigen Kenntnis der Geheimakten hätte der Verfasser bestimmt dargetan, daß der Stasi-General am Ende der DDR seinen eigenen Spion verriet! Besonders hätte er sich nicht die Tatsache entgehen lassen, daß bereits im Mai 1989 der im Buch so geschmähte Schweizer Nachrichtendienst das Ende der SED-Diktatur noch für das gleiche Jahr voraussagte. Wie der Buch-Autor selbst damals dachte, sagt er nicht – verständlicherweise.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Andreas Förster: *Eidgenossen contra Genossen*, Ch. Links Verlag, Berlin 2016, 224 S., 22,- €

Veranstaltungen

13.3. (Mo), 18.00 Uhr:

Staatliches Doping in der DDR. Situation der Doping-Opfer und der neue Hilfsfonds, Vortrag v. Prof. Ines Geipel, Vorsitzende d. Doping-Opfer-Hilfe e.V., anschließend Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

14.3. (Di), 10.00–16.00 Uhr:

Beratungstag für Doping-Opfer, mit Beratern des Doping-Opfer-Hilfe e.V., Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

20.3. (Mo), 19.30 Uhr:

Filmpräsentation **„Die Stimme Amerikas. US-Musik in der DDR“**; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Stadtbibliothek, Gerberstr. 2, 07806 Neustadt a.d. Orla; am 21.3., 19.00 Uhr, Saal der Offenen Arbeit, Allerheiligenstr. 9, 99084 Erfurt, am 22.3., 19.00 Uhr, Neues Schloß, Leonberger Str. 2, 07356 Bad Lobenstein, am 23.3., 20.00 Uhr, PoliBistro, Johann-Sebastian-Bach-Str. 2, 04600 Altenburg, am 24.3., 19.30 Uhr, Prinzenhofkeller, An der Liebfrauenkirche 2, 99310 Arnstadt

21.3. (Di), 18.00 Uhr: **„Bedrohter Alltag: Als Pfarrer im Fokus des MfS“**, Pfarrer Dietmar Linke stellt sein Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

21.3. (Di), 18.00 Uhr:

Ulbrichts Wirtschaftswunder – Als die DDR den Westen übernehmen wollte, Filmpräsentation der Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

21.3. (Di), 19.00 Uhr:

„Lernt polnisch“. Solidarność, die DDR und die Stasi, Vortrag v. Dr. Gabriele Camphausen, BStU, u. Ausstellungseröffnung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock, Hermannstr. 34b, 18055 Rostock

23.3. (Do), 13.00 Uhr:

„Streckenläufer. DDR-Heimkinder in der sozialistischen Produktion“, Buchpräsentation u. Gespräch mit Autorin Anke Dreier-Horning im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

23.3. (Do), 16.00 Uhr:

„Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Leipzig“, Ref. Martin Albrecht, BStU, Vortrag im Rahmen der

In den Furchen des Lichts

Ein Flüchtlingsroman

Wenn Meinungsforscher recht haben und uns Deutsche im Moment das Flüchtlingsproblem mehr als alles andere beunruhigt, dann hat der Roman von Zoltán Böszörményi beste Chancen, auf deutsche Bestsellerlisten zu kommen. Das scheint eine kühne Annahme zu sein – denn erstens ist die ungarische Originalfassung bereits 2011 erschienen (die Aktualität also zweifelhaft), zweitens dürfte der aus Rumänien stammende, ungarisch schreibende Autor hierzulande noch unbekannt sein, drittens kann man sich über die Genrebezeichnung „Roman“ streiten – und viertens schließlich wird unter dem geheimnisvollen Titel „In den Furchen des Lichts“ kaum jemand einen Flüchtlingsroman vermuten, der sich mit dem Sujet des berühmten Romans „Transit“ von Anna Seghers vergleichen läßt.

Aber: Das Buch ist inhaltlich aktuell, spannend geschrieben, flüssig übersetzt und – unabhängig von Handlungszeit und -ort – ein Gleichnis für existentielle Bedrohung, aus der es keinen anderen Ausweg gibt als die Flucht. Es spielt keine Rolle, daß der Leser nicht erfährt, wann und wo der Ich-Erzähler bei Nacht die Grenze überschreitet, wo seine Familie (Frau und zwei Kinder) zurückbleibt und in welchem Land sich das Lager befindet, in dem er bis zur endgültigen Ausreise ausharren muß. Es ist gleichgültig, daß der Ich-Erzähler bis zur letzten Textseite namenlos ist (erst da wird er von einer verschmähten Schönen mit seinem Namen angesprochen: Tamás). Es ist freilich nicht unmöglich, in Kenntnis der Autorenbiographie und im Text versteckter Indizien Ort und Zeit der Handlung zu erschließen – aber das alles spielt kaum eine Rolle.

Wichtiger als Detailgenauigkeit sind andere Strukturelemente der Handlung: Da lesen wir von infamen „Fluchthelfern“, die ihr Opfer einfach vor der (verminten) Grenze aussetzen. Wir erfahren von den Aufnahmepraktiken des Transitlandes, in dem Flüchtlinge so lange eingesperrt werden, bis ihre Identität festgestellt ist. Wir erleben mit dem Ich-Erzähler den Verlust der Privatsphäre und empfinden das Gefühl des Ausgeliefertseins – der Behördenwillkür, den kriminellen Machenschaften anderer Lagerinsassen und den modernen Sklavenhändlern, die vor dem Lager billige Arbeitskräfte anwerben. Arbeitsklaven wie „Arbeitgeber“ wissen,

daß sie Verbotenes tun. Das schafft Spielraum für schamlose Ausbeutung bis hin zum kriminellen, von der örtlichen Polizei gedeckten Lohnbetrug.

Erfreulicherweise malt aber der Autor nicht schwarz-weiß. Es gibt auch das alte Ehepaar, das seinen Lohnarbeiter menschlich behandelt, ihn an seinen Tisch bittet und sich für den Menschen Tamás interessiert. Auch in der Einwanderungsbehörde arbeiten nicht nur seelenlose Bürokraten (die gibt es auch), sondern manche Beamte zeigen menschliche Anteilnahme. Indes – es gibt Vorschriften, und die Zielländer (Tamás strebt nach Neuseeland, den USA oder Kanada) wollen nicht jeden Asylbewerber aufnehmen – er soll gesund sein, seine politischen Fluchtgründe glaubhaft darlegen können und sein Vorstrafenregister sollte leer sein. Das schließt von vornherein einen Teil der „Lager“-Insassen aus; denn unter ihnen sind auch Kriminelle, die vor Mord und Totschlag nicht zurückschrecken. Was da zu lesen ist, nährt alle Vorurteile gegenüber Flüchtlingen, die in Deutschland zur Zeit soziale Medien und Stammtischdiskussionen dominieren. Man kann aber auch verstehen, daß Perspektivlosigkeit, Langeweile und Ghettoisierung die Menschen aggressiv machen. Kurzum, der Roman trifft genau den aktuellen gesellschaftlichen Diskurs, obgleich seine Handlungszeit vor dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers liegt und sein Handlungsort (möglicherweise) ein Flüchtlingslager in einem kleinen österreichischen Grenzort ist.

Dieser vermeintliche Widerspruch zwischen Aktualität und Historizität des Romans ist leicht zu erklären: Böszörményi schreibt über menschheitliche Grundsituationen. Man kann die Strukturen seines „Modells“ mit beliebigen Konkreta aus-



Zoltán Böszörményi: *In den Furchen des Lichts*, aus dem Ungarischen von Hans-Henning Paetzke, Mitteldeutscher Verlag, Halle 2016, 238 S., 24,95 €



füllen: Was Tamás erlebt, erfahren Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsländern im Nahen Osten, haben politisch Verfolgte des Naziregimes erlitten oder Gegner der real-sozialistischen Zwangsbeglückung. Es gibt nur einen Unterschied zum heutigen Flüchtlingsproblem – den der unterschiedlichen Kulturkreise in Herkunfts- und Ankunftsland. Die Angst vor einer „Islamisierung des Abendlandes“ kompliziert heute die Akzeptanz von Flüchtlingen in den EU-Ländern, die zu einem gänzlich anderen Kulturkreis gehören als die meisten Herkunftsländer der Aufnahmesuchenden. Summa summarum: Ein sehr empfehlenswertes, nachdenklich machendes Buch von großer Aktualität.

Wer lobt, darf auch kritisieren: An mehreren Stellen des Romans sind der Rezensentin Stilbrüche aufgefallen, die weder dem Gegenstand angemessen sind, noch zum Kontext passen. Ich will mich auf ein Beispiel beschränken: Auf Seite 135

„galoppiert der Herbst auf dem Rücken des Winds mit zerzaustem Haar durch die sehnsuchtsvollen Büsche“ – das schafft weder Atmosphäre, noch hat ein solches Bild Handlungsfunktion. Hingegen sind die an mehreren Stellen auftretenden Lichtmetaphern durchaus gekonnt eingesetzt und geeignet, zum Vordergrundgeschehen einen Untertext zu generieren. Eine ähnliche Funktion haben vermutlich auch die textfreien Seiten in Grauschwarz-Weiss. Aber muß der Autor in einem anspruchsvollen Text für alles eine Erklärung abgeben? Die Buchreihe im Mitteldeutschen Verlag heißt „Bibliothek der Entdeckungen“. Lassen wir die Leser also trotz des unglücklich gewählten Buchtitels eine sie bereichernde Geschichte *entdecken*. Ich wünsche Autor, Übersetzer und Verlag die verdiente Resonanz!

Elke Mehnert

(Prof.Dr.Dr.h.c. Elke Mehnert lehrt an der Westböhmischen Universität Pilsen.)

„Greifswalder Weg“

(VT) Die Publikation „Der ‚Greifswalder Weg‘. Die DDR-Kirchenpolitik und die Evangelische Landeskirche Greifswald 1980 bis 1989“ der Historikerin Rahel von Saß erschien im Jahr 1998. Das Buch war schnell vergriffen und löste vor 19 Jahren in Greifswald kontroverse Reaktionen aus.

Zu hören waren Rechtfertigungen für die Verbindungen mit dem MfS als zweckdienlich für den kirchlich-diakonischen Auftrag,

oder die Stasi-Akten gäben nicht die Wahrheit wieder, aber auch das Entsetzen, wie viele kirchenleitende Personen sich mit den MfS eingelassen hatten.

Einsam oder gemeinsam? Mit dieser Frage begann im Juli 1989 die kirchenpolitische Wende in der Landeskirche Greifswald. Gefordert wurden mehr innerkirchliche Transparenz und Mitbestimmung einerseits sowie die deutliche Zurückweisung des SED-Staates andererseits. Mit der nun vorliegenden überarbeiteten Auflage wird die Diskussion um Staat und Kirche in den 80er Jahren wieder aufgenommen und ergänzt um die Frage: Wo steht Aufarbeitung heute? 

.....
Rahel Frank: *Einsam oder gemeinsam? Der „Greifswalder Weg“ und die DDR-Kirchenpolitik 1980-1989*, Schutzgebühr 10,- €, erhältlich in der Geschäftsstelle d. LStU M-V, E-Mail post@lstu.mv-regierung.de oder Tel. (03 85) 73 40 06
.....

Geheimnis des Glücks

„Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit – das Geheimnis der Freiheit aber ist der Mut. Der lange Weg von Ost nach West“ – dieser Buchtitel ist Sinnbild für eine Lebensgeschichte, gleichzeitig ist das Buch ein Zeitdokument über die deutsche Geschichte. Die Orte der Handlung sind die Erinnerungsorte der Autorin, die sie ernst, klar und manchmal liebevoll beschreibt.

Karin Sorger verbringt ihre Kindheit in Magdeburg bei Adoptiveltern, geboren wurde sie in Hessen. Von der Adoption

erfährt sie von Spielkameraden auf der Straße, sie wird damit gehänselt. In Magdeburg geht sie zur Schule bis zum Abitur. Als 14-Jährige gerät sie in das Geschehen des 17. Juni 1953. Sie ist zu jung, um diese politischen Ereignisse zu verstehen. Das Abitur macht sie 1957, anschließend studiert sie Medizin an der Karl-Marx Universität in Leipzig.

1961 – der Vater stirbt, dreizehn Jahre nach der Mutter. Viele Menschen gehen in den Westen oder werden verhaftet, weil

Veranstaltungen

Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

23.3. (Do), 18.00 Uhr:

„Geheimdienstkrieg in Deutschland“

Die Konfrontation von DDR-Staatsicherheit und Organisation Gehlen 1953, Ref. Ronny Heidenreich, Mitarbeiter d. unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung d. Geschichte d. BND, Prof. Daniela Munkel, BStU, Dr. Elke Stadelmann-Wenz, BStU; Vortrag u. Gespräch im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

23.3. (Do), 19.00 Uhr:

„Andersfremd“, Lesung d. Autors Hans-Henning Paetzke im Rahmen d. Reihe „Leipzig liest“ auf der Buchmesse, Mod. György Dalos; Ort: Esprit Hotel, Torstr. 7, 06110 Halle/S.

23.3. (Do), 19.00 Uhr:

Gegen den Strom. Warum Theologen aus dem Westen in die DDR übersiedelten, Buchvorstellung mit Autorin Prof.Dr. Claudia Lepp u. Zeitzeugengespräch; Veranstaltung der Stiftung Berliner Mauer; Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

23.3. (Do), 19.30 Uhr:

„Entzweite Freunde“. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatsicherheit 1950 bis 1989, Ref. Dr. Georg Herbstritt, BStU; Vortrag im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

24.3. (Fr), 16.00 Uhr:

„Sorben im Blick der Staatssicherheit. Die Akten der K5 und des MfS der DDR 1949–1989“, Buchvorstellung u. Gespräch mit Autor Timo Meškank im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

24.3. (Fr), 18.00 Uhr:

„Aus der DDR-Diktatur in die Mainzer Freiheit“, Ref. Barbara Große, Autorin, Frank Nemetz, VOS; Buchvorstellung u. Diskussion im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

24.3. (Fr), 19.30 Uhr:

„Der Wendejunge“, Ref. André Biakowski, Autor; Lesung im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

25.3. (Sa), 14.00 Uhr:

„Dattans Erbe“, Lesung u. Gespräch mit Autorin Nancy Aris im Rahmen der



Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“;
Ort: Museum in der „Runden Ecke“,
Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

25.3. (Sa), 18.00 Uhr:
„**Die Stasi swingt nicht**“, Ref. Siegfried
Schmidt-Joos; Lesung u. Gespräch
im Rahmen der Leipziger Buchmesse
„Leipzig liest“; Ort: BStU Außenstelle
Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

25.3. (Sa), 20.00 Uhr:
„**Andersfremd**“, Lesung d. Autors
Hans-Henning Paetzke, im Rahmen d.
Reihe „Leipzig liest“ auf der Buchmes-
se, Mod. György Dalos; Ort: Restaurant
Canito, Gottschedstr. 13, 04109 Berlin

25.3. (Sa), 20.00 Uhr
„**Die unheimliche Leichtigkeit der Re-
volution. Wie eine Gruppe junger Leip-
ziger die Rebellion in der DDR wagte**“,
Buchvorstellung, Gespräch u. Filmvor-
führung mit Autor Peter Wensierski
im Rahmen der Leipziger Buchmesse
„Leipzig liest“; Ort: Museum in der
„Runden Ecke“, Kinosaal, Dittrichring
24, 04109 Leipzig

28.3. (Di), 18.00 Uhr:
**Zwischen Anerkennung und Manipulati-
on.** Rußland, die Nation und das Erbe
des kommunistischen Völkergefäng-
nisses, Vortrag v. Catherine Gousseff,
Veranstaltung d. Bundesstiftung Auf-
arbeitung u.a. im Rahmen der Reihe
„Nach dem Ende der Illusion. Was
bleibt vom Kommunismus im 21. Jahr-
hundert?“; Ort: Centre Marc Bloch,
Friedrichstr. 191, 10117 Berlin

29.3. (Mi), 19.00 Uhr:
Kader für die Firma – Personalent-
wicklung und Lebenswelt der Stasi,
Vortrag v. Dr. Jens Gieseke, Historiker
u. Abteilungsleiter beim ZZf Potsdam,
Diskussion mit Dr. Jens Gieseke, Ruth
Hoffmann, Journalistin, Hamburg, Dr.
Uwe Krähne, Historiker, Universität
Leipzig, Mod. Dr. Falco Werkentin, So-
ziologe, Berlin; Veranstaltung d. Ber-
liner LStU u.a.; Ort: Landesvertretung
Sachsen-Anhalt, Luisenstr. 18, Berlin-
Mitte

4.4. (Di), 18.00 Uhr:
**Gedenkfeier zum 100. Geburtstag von
Johannes Bobrowski** (1917–1965), mit
Almut Armelin u. Ulrich Grasnack; Ver-
anstaltung d. Gedenkbibliothek zu Eh-
ren der Opfer des Kommunismus; Ort:
Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz
5–7, 10178 Berlin

18.4. (Di), 18.00 Uhr:
„**Briefe ohne Unterschrift: Wie eine
BBC-Sendung die DDR herausforderte**“,
Autorin Susanne Schädlich stellt ihr
Tatsachenbuch vor; Veranstaltung d.
Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer
des Kommunismus; Ort: Gedenkbibli-
othek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178
Berlin

sie sich nicht einrichten wollen in der 1949
gegründeten DDR, die durch Mauer, Zaun
und Stacheldraht abgeriegelt wird vom an-
deren Teil Deutschlands. Es ist das „Schick-
salsjahr“ der Autorin, wie sie es nennt.

Das Medizinstudium beendet sie bra-
vourös, und mit 24 Jahren besteht sie
ihre Doktorprüfung. Die Tochter kommt
1968, kurz nach der Facharztprüfung, zur
Welt. Karin Sorger vermittelt dem Leser
eindrücklich die bedrückenden DDR-Ver-



Karin Sorger: *Das Geheimnis des Glücks
ist die Freiheit. Der lange Weg von Ost
nach West*, Helios Verlag, Aachen 2016,
219 S., 18,- €

wirkt. Ihre Zukunft und die ihrer Tochter
sieht sie nicht mehr in dieser DDR. Nach
ihrer Scheidung ist sie alleinerziehende
Mutter und berufstätige Ärztin, die viel
Zeit im Labor des Pathologischen Instituts
Leipzig verbringt. Zeit verbringt sie aber
auch mit Gedanken an Pläne zur Flucht
aus der DDR. Schließlich werden diese
konkret, doch sie steht bereits im Visier
der Stasi. Die Flucht aus der DDR scheitert
1977: Verhaftung, Verurteilung und Haft-
zeit im DDR-Frauengefängnis Hoheneck
in Stollberg/Erzgebirge bis zur Entlassung
in die Bundesrepublik Deutschland. Den
langen Weg von Ost nach West schildert
Karin Sorger sensibel und authentisch. Sie
stellt ihre Geschichte und das Leben mit
all seinen Facetten auf das Fundament
der Familie, der Freunde und Orte.

Sie schreibt bei aller Dramatik flüssig und
locker. Mit diesem spannenden und faszin-
ierenden Buch dringt sie tief ein in ihre
Biographie, beschreibt ihre Ängste und
Träume. Entstanden ist eine brillant ver-
faßte Geschichte – ihre Geschichte über
unschöne Zeiten, aber auch über schöne
Zeiten im wiedervereinten Deutschland.
Ein starkes Buch, geschrieben von einer
starken Frau, die nicht an den Widerstän-
den auf der langen Reise von Ost nach
West gebrochen, sondern daran gewach-
sen ist. Dieses Buch empfiehlt

hältnisse, läßt
ihn wissen,
wie der Mau-
erbau sich ent-
wicklungshem-
mend, aber
genauso rich-
tungsweise auf
ihr privates
und berufliches
Leben aus-

Der BSV Berlin-Brandenburg gratu- liert seinen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben

Kurt Neumann am 2. April, Margot Fran-
ke am 3. April, Manfred Isikli am 4. April,
Werner Weiße am 5. April, Horst Kerkow
am 7. April, Hans-Jürgen Rief, Manfred
Schulze, Holger Streicher am 9. April, Ger-
hard Gleich am 10. April, Klaus-Jürgen Fin-
ke am 11. April, Horst Lüttich am 12. April,
Hans Keiling am 13. April, Werner Rösler,
Karl Zschörnig am 22. April, Silvia Stimming
am 23. April, Joachim Lauterbach am 24.
April, Dieter Genoske am 25. April, Willy
Bleschke, Bernd Jugendheimer, Peter Kie-
the am 27. April, Helmut Zock am 28. April
Auch allen nicht genannten Lesern, die
Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Da lacht der Klassenfeind

„Der IMS ‚Liane‘, Fachärztin für innere Medizin, ist invali-
disiert. Im Prozeß der Invalidisierung wurde dem IM durch
das Organ umfangreiche Unterstützung gewährt, was
letztlich zur Invalidisierung führte.“

(Dsd. AIM 2348/87, Bl. 229)

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Rebecka Andersson, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail andersson@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische
Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr
Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische
Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Konstanze Helber

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Peter Bosse, Günter Breschke, Eberhard Büttner, Ingrid Czubek, Erwin Donner, Pia Falck, Heike Fegele, Arndt Groschwald, Uwe-Rolf Hinze, Wolfgang Hoffmann, Sigrid Jank, Hans Jannasch, Erhard Kaufer, Heiner Kausch, Claus Klappert, Steven Knudsen, Ilsemarie Lorenz, Prof. Dr. Konrad Löw, Joachim Lummitsch, Fritz Matthei, Klaus Muder, Horst Mundlos, Henning Niemann, Helga Prieß, Detlev Putzar, Helmut Rex, Jürgen Ritthaler, Hans Rocke, Wolfgang Rullik, Josefa Schmidt, Siegfried u. Renate Schöne, Anneliese Schubert, Manfred Schwiethal, Edith Seidler, Wilfried Spoddig, Horst Süßmilch, Joachim Tetzlaff, Franz Töpfer, Burkhard Ulm, Karl-Heinz Ulrich, Helge Viereck, Horst Wolkenstein, Gisela Wollscheid, Eberhard Zutz

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DE DB110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann das Recht, anderen Leuten zu sagen, was sie nicht hören wollen.

George Orwell

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG  **AUFARBEITUNG** Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 21. Februar 2017

